

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonntag und Festtagen nur viermal. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Zustellgebühr monatlich 1,20 M., bei Zustellung unter Straßenschein 1,30 M. in den ersten 12 Monaten des Postjahrs für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

In demselben Heft: 4. Jahrgang, 25. Heft, 1. 1919. Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonntag und Festtagen nur viermal. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Zustellgebühr monatlich 1,20 M., bei Zustellung unter Straßenschein 1,30 M. in den ersten 12 Monaten des Postjahrs für 1919 eingetragene. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2595.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Für die Revision des Friedens!

Die französischen Gewerkschaften für die Revision des Friedensvertrages.

Versailles, 28. Mai.

Das Nationalkomitee der Confédération générale du travail (entspricht etwa der Generalkommission der Gewerkschaften, D. Red.) erörterte gestern nachmittags nachmittags das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Antrag an, in welchem die Haltung der Confédération générale du travail dem dem Versailler Friedensvertrag festgelegt wird.

Der Antrag erhebt zunächst Einspruch gegen die Gehaltung der Versailler Erörterungen und gegen die Unzulänglichkeit des durch die Presse verbreiteten Ausganges des Vertrages. Die augenblicklichen bekannten wesentlichen Bestimmungen des Vertrages entsprechen keineswegs den Forderungen der Arbeiter. Sodann geht der Antrag auf die Einzelheiten ein und formuliert zehn Punkte, gegen die Gesamtheit der Artikel des Vertrages. In diesen zehn Punkten wird erklärt, daß der Vertrag erstens eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei, zweitens Gebiete in verkappter Weise annektiert, drittens die Verpflichtung bezüglich der Gewährleistung der Nationen verleihe, viertens zu den alten Bündnisverträgen zurückkehre, fünftens die allgemeine Abrüstung unmöglich mache, sechstens den Kolonialismus fortsetze, siebentens, daß ihm jegliches internationales wirtschaftliches Leben fehle, achtens, daß er ein internationales wirtschaftliches Leben und die Blodade fortsetze, zehntens, daß jede wahre internationale Arbeiterschaft ihm fehle. Der Vertrag rufe neuen Haß und territoriale Revanchewünsche hervor und lasse Konflikte entstehen, welche mindestens ebenso groß und gefährlich seien, wie die Konflikte vor dem Krieg 1914. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revidierung des Vertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedensvertrages und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion als durch gemeinschaftliche Anstrengung mit den Arbeitern anderer Nationen an die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens und einer stabilen Weltorganisation, welche die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens sicherstellen wird, hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Die Kundgebung der französischen Gewerkschaften wird sich demnach in der entschiedensten Weise gegen das Diplomatenwerk von Versailles aus und übernimmt namens der französischen Arbeiter die Verpflichtung, auf eine Revision des Vertrages im Sinne der Demokratie und des Völkerfriedens hinzuwirken. Wir begrüßen diese Stellungnahme unserer französischen Genossen und hoffen unerschütterlich, daß es den gemeinsamen Anstrengungen der französischen, französischen und englischen Arbeiterklasse gelingen wird, das Werk des Unfriedens und des Völkerhaßes, das in Versailles geschaffen ist, schnellstens aus der Welt zu schaffen.

Die Prolettenbewegung in England und Frankreich.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.
Amsterdam, 28. Mai.
Der Londoner „Daily Herald“ teilt mit, daß die englische Arbeiterpartei einen allgemeinen Streik für die Dauer einer Woche für die irische Sache und gegen die Diktatur in Irland erwägt. Die Regierung würde eine derartige Bewegung keinen Tag überleben.
Wie ferner „Telegraph“ aus Paris meldet, hat der französische Gewerkschaftsverband beschlossen, eine Agitationenwoche gegen die Fortsetzung des Kriegszustandes, gegen die Intervention, für Amnestie und Demobilisierung zu veranstalten.
Amsterdam, 28. Mai.
Nach den englischen Blättern vom 28. Mai veranstaltete die Workers Social Federation am Sonntag eine Kundgebung am Trafalgar-Square. Lord Rux forderte eine

Rede, in der er sagte, die einzige Art, in der die Arbeiter gegen einen kapitalistischen Krieg gegen die Revolution der russischen Arbeiter protestieren könnten, sei eine soziale Revolution. Die Rede Rux wurde mit lautem Beifall begrüßt.

Der Zentralrat über Frieden und Rätesystem.

Die Beschlüsse des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik haben am 26., 27. und 28. d. M. stattgefunden. Gegenstände der Beratungen waren vor allem die Friedensbedingungen und Arbeitestagen. Bei der Beratung der Friedensfrage wurde die Einberufung eines 3. Rätesongresses erörtert. Der Zentralrat hat die Auffassung des Aktionsausschusses gebilligt und es abgelehnt, für den gegenwärtigen Augenblick einen Rätesongress einzuberufen. Zur Friedensfrage hat der Zentralrat die nachstehende Resolution angenommen:

„Die Friedensbedingungen, die dem unterlegenen deutschen Volke von den Siegern auferlegt werden sollen, sind von unerhörter Härte und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar. Wenn Deutschland die übernommenen Verpflichtungen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, der Wiedergutmachung und der Entschädigung, die es anerkannt hat, aber wirklich ausführen soll, so darf man seiner Arbeitsfähigkeit nicht die in den Friedensbedingungen vorgesehenen Fesseln anlegen. Der Zentralrat erwartet daher, daß die sachlichen Darlegungen der deutschen Delegation die Ententemächte davon überzeugen werden, daß im Interesse ihrer eigenen Ansprüche weitgehende Änderungen der einzelnen Bestimmungen getroffen werden müssen. Durch die Wiedereinrichtung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf das Schwerste verletzt, sondern es werden ihm unentbehrliche Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens entzogen. Der Zentralrat appelliert an die Völker der Ententeländer, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme zu erheben gegen diesen Vertrag der Vergeßlichkeit eines ganzen Volkes.“

Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat, daß sie alle geschäftlichen Mittel anwenden, um die Entente von der praktischen Undurchführbarkeit dieser Bedingungen zu überzeugen, und daß sie durch bessere Vorschläge zeigen, wie die von uns anerkannten Ansprüche der Ententeländer auch wirklich erfüllt werden können. Der Zentralrat glaubt, daß die Friedensdelegation in Deutschland nicht auf die Formel „annehmen oder ablehnen“ gestellt werden darf, sondern daß es sich nunmehr einzeln und allseitig darum handelt, durch positive politische Arbeit dafür zu sorgen, daß der Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Veröhnung und Verständigung ersetzt wird.“

In der Frage der kommunalen und politischen Arbeiterräte hat der Zentralrat den folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Preussische Staatsregierung ist zu ersuchen, der verfassungsgemäßen Landesversammlung sobald als möglich einen die Verwaltungsreform betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen.
 2. Die Regierungen der übrigen deutschen Freistaaten sind zu ersuchen, sich mit der Preussischen Regierung wegen Anwendung möglichst einheitlicher Grundsätze bei der Reform der eigenen Verwaltung ins Einvernehmen zu setzen, und die Reform auch bei sich mit Hilfe der gesetzgebenden Körperschaften alsbald durchzuführen.
 3. Bis zur Durchführung der Verwaltungsreform bleibt das System der politischen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Organisationsformen in Wirksamkeit. Entsprechend den Bestimmungen über das Finanzgebahren vom 18. 11. 1918 und 13. 1. 1919 haben die Behörden, bei denen die Kontrolle stattfindet, die Arbeiterräte zu befragen. Neuwahlen von Arbeiterräten sind nur beim Vorliegen zwingender Gründe vorzunehmen, und zwar nach den bestehenden Richtlinien, die für die Wahl des zweiten Rätesongresses herausgegeben wurden. In allen anderen Fällen soll die Neuwahl hinausgeschoben werden bis zum Erlass neuer Richtlinien.
- Kußerdem wurde ein Antrag angenommen, das Preussische Staatsministerium zu ersuchen, den Posten eines Unterschatzsekretärs im Kriegsministerium sofort zu besetzen.

Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Dr. Cohn, Reich.

Vogels Flucht.

Die Mitteilungen über die näheren Umstände, unter denen sich die Flucht des Oberleutnants Vogel vollzog, beschäftigen die Leserschaft in hohem Maße. Zunächst berichtet eine Lokalkorrespondenz:

„Die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Tatsachen sind nicht als feststehend anzusehen. Richtig ist, daß Vogel die belgische Grenze erreicht hat und sich dort, wenn auch kaum unter dem Namen Vogel, aufhält. Da zwischen Holland und Deutschland Auslieferungsverträge für Personen bestehen, die eines Todes beschuldigt sind, so ließe es ständig Gefahr, von dem holländischen Konsul ergriffen und an Deutschland ausgeliefert zu werden. Nach unseren Informationen sind die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Behauptungen zum Teil richtig. Die Garde-Ravallerie-Schüler-Delegation hat bereits sehr erhebliche Untersuchungen angestellt, ohne daß man freilich bisher zu Verhaftungen geschritten wäre. Da das Verbot jedoch geheim gehalten wird, war es nicht möglich, eine detaillierte Befragung der oben erwähnten Einzelheiten zu erhalten.“

Dazu wollen wir für heute nur bemerken, daß es höchst auffallend ist, daß nicht sofort nach der Flucht der Auslieferungsbefehl gestellt worden ist. Man wußte ja aus den Angaben Dr. Oskar Cohns, wohin Vogel geflohen war. Trotzdem ist die Stellung eines Auslieferungsbefehls unterblieben!

Der „Vorwärts“ sagt zu unserer Veröffentlichung:

„Wenn diese Mitteilungen richtig sind, so liegt hier allerdings ein Skandal vor. Eine Regierung, die sich von einer ungeschickten Handvoll Offiziere eine derartige Verhöhnung der Rechtspflege gefallen lassen möchte, jede Autorität im Lande einbüßen. Wir erwarten allerdings, daß hier nunmehr mit fester Hand zugegriffen und den Versuchen einiger Leute, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, ein Ende bereitet wird. Im Gegenzug zur „Freiheit“ sind wir überzeugt, daß sich die Vorgänge um Vogels Flucht ohne Wissen der Regierung durch das Komplot einer kleinen Clique abgeklärt haben. Aber die Regierung wird die Welt hierüber nur überzeugen, wenn sie nunmehr mit eisernem Griff dieser Clique den Hals umdreht.“

Die Vorgänge sind im Übrigen nach der Beurteilung früherer Ereignisse so gravierend, daß sie allein es notwendig machen, dem kompromittierten Artikel im Diebstahl-Zugang-Prozess die Weltöffentlichkeit zu versagen.“

Der „Vorwärts“ verlangt auch, daß alle Mitbeteiligten an der Flucht sofort in Haft genommen werden.

Wir wollen dem „Vorwärts“ zunächst nur sagen, daß wir durchaus nicht die Regierung beschuldigen haben. Die Flucht Vogels ins Werk gesetzt zu haben. Wir nehmen im Gegenteil an, daß ihr diese Flucht durchaus nicht anzukenne ist. Die Regierung trägt aber die politische Verantwortung für die Flucht in vollem Maße. Denn ihre Politik hat die reale Macht in die Hände der Führer der Freiwilligenkorps gelegt. Sie tut ununterbrochen alles, um diese Macht zu stärken. Sie trägt aber die Verantwortung dafür, daß diese Herren von der ihnen eingeräumten Macht den ihnen gut blinkenden Gebrauch gemacht haben. Nur so war es ja auch erklärlich, daß die Flucht bemerkt worden ist, obwohl die Regierung auf den Plan Lage vorher mit allem Nachdruck hingewiesen worden war. Die Regierung ist deshalb nicht erst im Begriffe, ihre Autorität einzubüßen, sie hat sie vielmehr vollkommen verloren.

Daran werden auch alle amtlichen Rechtfertigungsversuche, Dementis und Verdrängungen nichts ändern. Die Regierung läßt sich durch Wolffs Bureau erklären:

„Es versteht sich von selbst, daß sofort eine umfassende Untersuchung eingeleitet werden wird, um alle Angaben der „Freiheit“ nachzuprüfen. In jedem einzelnen Falle, in dem eine Schuld auch nur wahrscheinlich werden sollte, wird mit der ganzen Strenge des Gesetzes und unverzüglich und ohne Rücksicht irgend welcher Person eingeschritten werden. Die deutsche Gewandtschaft im Haag ist zur Berichterstattung aufzufordern worden.“

Gewiß doch! Wir möchten nur wissen, die wichtigsten Untersuchung das ist, die uns da versprochen wird. Wir erinnern uns, daß z. B. eine solche Untersuchung uns angezeigt worden ist, in dem Fall der Ermordung der Matrosen in der Französischen Straße und auch in anderen Fällen. Damals wurde mitgeteilt, daß Reichs-

Durch diese Meldungen werden unsere Mitteilungen in der nächsten Morgen Ausgabe vollkommen bestätigt. Wir befinden uns andauernd bereits im Frieden mit den Polen. Die offizielle Meldung schweigt sich darüber aus, wer der Kämpfer war.

Polnische Appelle.

Paris, 28. Mai.

Paris, 28. Mai. Gestern Abend in Paris ein und erklärte einem Mitarbeiter des "Matin", er komme, um im Auftrag des polnischen Landtages die Militärs um die Ermächtigung zu bitten, die polnische Armee nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern auch gegen die Ukrainer frei verwenden zu können. Er wolle, daß diesem Wunsche nachgegeben werde.

Die polnischen Pogrome in Wilna.

Der Ministerpräsident des litauischen Staates in Berlin hat an die Regierungen der Entente und der neutralen Staaten eine Note gerichtet, die gegen die von den Polen bei der Besetzung eines großen Teiles von Litauen verübten Verbrechen, Mordtaten, Vergewaltigungen und Verhaftungen Protest erhebt. Vom 19. bis 24. April d. J. seien in Wilna bei Pogromen viele Hunderte von Juden getötet und mehrere tausend Menschen nach auswärts verschleppt worden; u. a. seien in einem der größten Synagogen alle dort zum Gottesdienst versammelten ermordet worden. Fast alle jüdischen Häuser und Geschäfte habe man geplündert. Die Verhaftung von Litauern und Juden dauere immer noch an. Die litauische Regierung fordere, daß die Polen Wilna und das übrige von ihnen besetzte Gebiet sofort räumen, daß sie unverzüglich alle aus Wilna vertriebenen Einwohner zurückführen, daß sie die Familien der Ermordeten sicherstellen und ihnen den Materialschaden ersetzen.

Berlin, 27. Mai.

In der Unterhaus-Sitzung vom 19. Mai interpellierte der Abgeordnete Gillen den Staatssekretär des Reichs über die Pogrome in Warschau, Wlida und Wilna und fragte an, ob die englische Regierung eine Aktion zu unternehmen gedenke, um die Fortdauer der Judenverfolgungen in Polen zu verhindern. Der Unterstaatssekretär des Reichs antwortete, daß die Regierung den englischen Vertreter in Warschau angewiesen habe, die dringende Vorstellung bei der polnischen Regierung zu erheben, falls die Nachrichten sich als wahr erweisen.

Das königliche Schandurteil.

Von „zuständiger Stelle“ wird mitgeteilt: Die „Freiheit“ entzweit sich darüber, daß gegen die von dem königlichen Kriegsgericht verurteilten Soldaten der Reuter-Paragraf in Anwendung gebracht worden sei. Es versteht sich von selbst, daß die Republik allen bestehenden Gesetzen Geltung verschaffen muß. Der Reuter-Paragraf ist nicht aufgehoben. Es ist auch keine noch so freisinnige Militärregierung denkbar ohne Sicherung gegen Militär einzelner oder zusammengegriffener Gruppen.

Das Urteil unterliegt zur Zeit der Prüfung durch den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Den Verurteilten bleibt dann noch die Anrufung des Bundesobersten, das durch den Reichspräsidenten ausgeübt wird.

In der nächsten amtlichen Meldung sieht es bekanntlich, daß der Präsident des Reichsmilitärgerichts über die Gnadenbewände entscheidet. Erst nach seinem Hinweis auf die Unabwendbarkeit dieser Tatsache kann die Regierung darauf, daß der Reichspräsident das Gnadenbewandrecht ausüben darf. Am liebsten laßt sie nun abhandeln. Wie die „F. V. N.“ mitteilen, soll das Verfahren „noch nicht abgeklungen“ sein.

Das Urteil ist auf dem Zusammenhang noch beziehentlich nachzusehen unermesslich. Es sind alle Maßnahmen auf Seiten des Reichspräsidenten, der die Gnadenbewandlung zu bequämen hat, getroffen, um die beschleunigte Entscheidung der königlichen Urteile herbeizuführen. Nach der ganzen Lage der Dinge und, zumal das Urteil selbst Gnadenbewandlung eingereicht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Milderung der Urteile eintritt wird. Ueber den eigentlichen Inhalt des Urteils, das die Urteile veranlaßt hat, soll noch Mitteilung erfolgen.

Wir verlangen, daß diese Mitteilung schleunigst erfolgt, damit die Öffentlichkeit endlich in der Lage sein soll, sich ein klares Urteil über das heuchlerische Wirken der Militärjustiz unter einer „sozialistischen“ Regierung zu bilden.

Gegen den Belagerungszustand.

Braunschweig, 28. Mai.

Die Landesversammlung verhandelte gestern eine Interpellation des unabhängigen Abgeordneten Dörner betreffend Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Freistaat Braunschweig und Währungsreform. In der heutigen Abstimmung wurde ein Antrag gestellt, der die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, angenommen. Ein weitergehender Antrag, wonach die Reichsregierung auch alle auf Grund des Belagerungszustandes getroffenen Maßnahmen unverzüglich zurückzunehmen und sofort alle Truppen aus Braunschweig zurückzuführen habe, wurde von der Landesversammlung abgelehnt. Die Reichsregierung in die Braunschweiger Verfassung für rechtsunwirksam erklären sollte, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Die Reichssozialisten sind also auch in diesem Falle von ihrer zweifelhafte Haltung nicht abgegangen. Sie haben zwar schonenhalber die Beseitigung des Belagerungszustandes gefordert, sonst aber fühlen sie sich unter dem Schutze der weißen Wägen so wohl, daß sie diese nicht mehr wissen wollen.

Demonstrationsstreik in Zürich.

T. U. Zürich, 29. Mai.

In Zürich kam es gestern vormittag plötzlich zu einem allgemeinen Streik. Um zehn Uhr vormittag legte die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit nieder. Die Tramwayfahrer ließen die Wagen auf den Straßen und Plätzen der Stadt stehen. Der Streik richtete sich gegen die vom Zürcher Kantonsrat vorgeschriebene Einschränkung des Schutzensgesetzes durch gewisse Ausnahmsbestimmungen. Der Brauereistreik wurde mit-

Welsch befehlt, daß sich gleichzeitig vor dem Kantonalrat eine große Demonstration der Arbeiter hält. Es handelte sich um Vornberein nur um eine provisorische allgemeine Arbeitsvereinbarung und um 12 Uhr wurde der ganze Betrieb wieder aufgenommen.

Groß-Berlin.

Die Stadtverordneten-Sitzung in Schöneberg.

In den Vorgesängen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung über die wir schon in unserer gestrigen Vorgehensgabe einen Überblick über die Wählerentnommenen Bericht brachten, wird uns noch gefolgt: Die U. S. V. D. Stadtverordnetenfraktion in Schöneberg hatte nachstehenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Realrat zu ersuchen, schärfsten Protest bei der Regierung gegen die willkürliche Unterdrückung der Versammlungsfreiheit und die damit verbundene Provokation der friedlichen Bevölkerung zu erheben; wie sie bei der Auflösung einer Mitglieder-Versammlung der U. S. V. D., Eriegerer Schöneberg, am 22. Mai auf Befehl der Garde-Kavallerie-Regiment-Division geschahen ist.

Dieser Protest begründete Gen. Wilberg in durchaus scharfer Weise. Er wolle, daß die Ungelegenheit gerade der Garde-Kavallerie-Regiment-Division für derartige Verletzungen hin, die man einmal im Vollstande trotz aller Versprechungen als Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geteilt und die eigentlich auch mit der Wiedererrichtung ihres „Nord-Bogens“ angedacht bestmöglich sein sollte. Er zeigte dann, wie von Seiten des Schöneberger Parteivorstandes alles geschehen sei, um die Versammlung zu ermöglichen, aber sogar die Hülfsparole Rotes sei bezeichnenderweise hierfür bereitgestellt gewesen. Es sei dann durchaus forsch die Umwandlung in eine Mitglieder-Versammlung erfolgt, die trotzdem durch Regierungstruppen unter vornehmlichem Revolverausgelöst wurde. Gen. Wilberg bedauerte, wenn Ausschreitungen in der demokratischen Versammlung in der Leipziger Straße sich ereignet hätten, und erklärte, daß der Vorband dringend von einem Reich dieser Versammlung bei der durch das Ausschreiten der Regierungstruppen hervorgerufenen großen Erregung abgetrennt habe, es sei aber unter allen Umständen zu berücksichtigen, daß jedermann durch das Vorgehen der Truppen und die Offensivität ungeschwiegenen Aufstand hätte herbeigeführt werden muß.

Wiederholte Gen. Wilberg noch den Gründen für das scharfe Verbot und dem Inhalt der weiteren Charakteristika des Genossen u. Verurteilung zu dem Schluß, daß es sich um Provokation um jeden Preis handelt. Weil unsere Partei unerschütterlich ihren geraden Weg geht, soll die Menge durch maßlose Herausforderungen schließlich zu unvorstellbaren Taten hingeführt werden, die sie selbst ins Unrecht rufen. Dies beginnt sie gar anzufangen. Mit der Wirkung des Verbotens der Regierungstruppen kann man vom Parteipunkt aus nicht aufgeben sein. Die Bevölkerung wird schließlich durch terroristische Übergriffe noch dahin getrieben werden, daß sie vor jedem dieser Soldaten und Offiziere aussteigt. Ferner wolle Wilberg an einem Beispiel nach, wie die Regierungstruppen heute oft benutzbar wären. Ein Beamter habe seinen Sohn vom Eintritt in ein Institut dadurch abgehalten, daß er ihm sagte, zum Militär gehen heute nur noch der Abscheu der Menschheit. Dies beiden Verbindungen gehen bei den bürgerlichen Fraktionen ungeschoren über. Die Ursache des Scheiterns wird aber von den bürgerlichen Parteien erheblich unterschätzt, weil die übrige getrennte Darstellung erhebt. Der Reichstag wurde auch nicht durch diesen „Recht“, sondern weil eine, weil ein Tausend umhüllender Herr der Rechten und dem Reichspräsidenten vorüber auftrat, der den Ausschreitungen genau recht war und daher dem Genossen Wilberg einen Ordnungsruf erteilen konnte, wie die bürgerlichen Parteien durchgehend erlangten.

In seinem Schlußwort widerlegte Herr Wilberg dann eingehend alle bürgerlichen Angriffe. Er wurde hierbei in vorzüglicher Weise durch Gen. Petersen unterstützt, der darbot, wie er selbst auf die Erklärung durch die Revolver der eindringenden Regierungstruppen bedroht worden sei. Er wolle dann weiter an Hand guten Materials nach, wie die bürgerlichen Parteien es schärfen werden hätten, Andersdenkende niederzuknallen; sie sollten daher heute nicht gar so empfindlich der durchaus berechtigten Erregung der Menge gegenüberstehen. Die beschleunigten Wahlen beschleunigen unserer Partei wolle Gen. Petersen durch eine mäßige Erklärung zurück.

Als dann die bürgerlichen Fraktionen über unseren Antrag den Vorschlag zur Tagesordnung durch ihre Weisheit ersonnen, verließen unsere Genossen zum Protest gegen dieses Verhalten den Sitzungssaal.

Kommunale Arbeiterräte!

Am Freitag, den 30. Mai 1919, nachmittags 2 Uhr, Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte im Herrenhaus, Penar-Sitzungsaal.

Tagesordnung:

1. Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte.
2. Die Porität und Zulassung von Stadtverordneten bzw. Gemeindevorstern.
3. Stellung zur Reue der kommunalen Arbeiterräte. Vor Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Wandernde Regierungstruppen.

Am vorigen Freitag kam auf dem Potsdamer Güterbahnhof ein Transportkommando mit vier Waggons an, die mit militärischen Wertsachen beladen waren. Nachdem sich der Transportführer, Leutnant von Porcia-Viquard, einsezt hatte, erstanden die Waggonsbesatzer die Waggons und verließen gegen drei Uhr ein Boot neue Stiefel sowie mehrere Kisten, Geldbörsen und Brillenkästen.

Der Leutnant des Potsdamer Güterbahnhofs melde den Vorfall sofort dem zuständigen Polizeibehörden. Dieses schickte einen Kriminalkommissar, der die notwendigen Feststellungen traf. Er war gerade noch bei der Arbeit, als der Leutnant zurückkam, und wurde nun von diesem an der weiteren Untersuchung seiner Dienstpflicht verhindert. Der Leutnant ließ es nicht zu, daß den Leuten, die die Sachen gekauft hatten, das erwarbene Gut wieder abgegeben wurde.

Einer der Soldaten sagte bei dieser Gelegenheit zu dem Leutnant: Sie sind ja der größte Schieber. Als der Kriminalkommissar daraufhin den Namen des Leutnants feststellen wollte, sagte dieser, er sei nicht verpflichtet, seinen Namen zu nennen, er sei Soldat. Der Leutnant äußerte auch zu dem Kaufpersonal, aus der Sache würde wohl nicht viel werden, er würde zwar seine Pflicht tun und Meldung machen, aber dabei müße wohl kaum etwas heraus. Derartige Schieberei und Schlingensiefel seien jetzt allgemein üblich, täglich seien sogar 2000 Paar Kavallerie-Stiefel verschwinden worden.

Das Verhalten des Potsdamer Güterbahnhofs ist über den Vorfall tätig anzuhalt. Es beruht die Ansicht vor, daß der Leutnant irgendwie in die Angelegenheit verwickelt ist. Wir verlangen daher zeitliche Aufklärung über diese unglaubliche Schieberei.

Kostetruppen jagen Gewerkschaftsversammlungen auseinander.

Es wird immer seltener mit der vorgeschriebenen Versammlungsfreiheit. Nicht nur werden politische Versammlungen von Soldaten oder aufgelöst, auch Versammlungen werden gesprengt, bis sie mit Betriebsräten beschaffen. Gestern Abend hatte die Arbeitgemeinschaft der Arbeiter der städtischen Betriebe des Lichtenberg nach der Schulstraße in der Parkstraße eine Versammlung abgehalten, in der ein Vertreter des Verbandes referierte. Es war gegen 10 Uhr, als Kostetruppen erschienen und die Versammlung sprengten. Man hatte ein großes Aufgebot heraufgeholt. 4 Autos mit 120 Soldaten waren zusammengezogen, um diese Arbeiterversammlung zu nichte zu machen. Auf Anrufen nach dem Grunde dieser Maßnahme konnte niemand Auskunft geben. Es wird der letzte Rest von Versammlungsfreiheit ausgerottet. Wir haben ein Willkürregiment schamloser Art. Dazu braucht man Soldaten. Man gibt Geld über Geld aus, um die Arbeiter zu entzücken. Und so was macht sich breit in einem sogenannten „demokratischen“ Staat. Die Saat wird aufgehen, diese Draußenjagd, die Tag für Tag gefat wird. Wehe den Schwämmen!

Achtung! Arbeitslose!

Von mehreren Seiten wird das Gerücht aufgestreut, die Arbeitslosen sollen am Freitag demonstrieren. Wie warnen wir und raten wir von jeder unüberlegten Handlung ab. Die Kost-Garden warten nur auf den Moment, wo sie unter den Arbeitslosen ein Blutbad anrichten können. Ihr molken der Offiziers-Kamarrilla nicht selbst die Mittel an die Hand geben, um zu schlagen und zu vernichten. Sört nicht auf die Postspiel und Agents provocateurs.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen brauchen wir auch nicht auf die Straße zu gehen. Schon die Annahme unserer Forderungen in den letzten Arbeitslosen-Versammlungen ist den Hausbesitzern und Kapitalisten furchtbar in die Glieder gefallen. Sie sind es jetzt, die auf eine Erhöhung der Unterstützung hin, auf Mietszuschüsse drängen, da sie Angst um ihren eigenen Geldbeutel haben. Die Wagnisse sind familiärer Gemeindefroh-Berlin, auch der Berliner Magistrat, erkennen die Berechtigung unserer Forderungen an, erklären jedoch, daß sie selbst darüber nicht entscheiden können. Sie versprechen aber, mit allen Mitteln bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß Mietszuschüsse und Lebensmittelzuschüsse für die Arbeitslosen geleistet werden.

Um nun zu verhindern, daß diese Aufzählungen leere Versprechungen bleiben, ersuchen wir alle Arbeitslosen, sich an die in den Arbeitslosen-Versammlungen gefassten Beschlüsse zu halten. Wenn bis zum 1. Juni keine ausreichenden Mietszuschüsse bewilligt sind, so sind eben die Verarmten nicht in der Lage, von der förmlichen Unterstützung, die noch nicht einmal zum Lebensunterhalt reicht, die Miete zu bezahlen.

In den nächsten Tagen werden in Groß-Berlin neue Arbeitslosen-Versammlungen stattfinden, in denen über den Erfolg des Mietszuschusses berichtet und über die Schritte zur Durchsetzung unserer Forderungen beraten wird.

Wir ersuchen die Arbeitslosen, sich streng an die in den letzten Versammlungen gefassten Beschlüsse zu halten. Die Arbeitslosenpartei Berlins und der Vororte.

U. S. V. Kommunaler Arbeiterrat Charlottenburg. Protokoll-Sitzung der kommunalen U. S. V. Arbeiterräte Freitag, abends 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 304.

Arbeitslose von Lichtenberg, Friedrichsfelde und Markshorst! Freitag nachmittags 2 Uhr im Café Volkow, Hauptstraße 3, Arbeitslosen-Versammlung.

Die Wahlen für die Studentenvertretung (Studentenparlament) an der hiesigen Universität sind am Mittwoch Abend abgeschlossen worden und hatten folgendes Ergebnis: Die waffen-treuen Verbindungen bereiteten auf ihre Liste 510 Stimmen, die Deutsche Studentenschaft 780 Stimmen. Diese beiden Listen verdrängten also eine Junahme. Auf die verdrängten Listen der Sozialisten (808), Mittel (129), der Theologen (108), Philosophen (171) und Rechts- und Staatswissenschaftler (888) entfielen insgesamt 1651 Stimmen, mithin ist eine Abnahme festzustellen. Die Sozialisten verdrängten mit 206 Stimmen eine kleine Junahme. Für die Liste der Wandervogel und freisinnigen Studenten stimmten 170, für U. S. V. 170, für U. S. V. 114, für katholische Studenten 139, für die jüdische Gruppe 201 und für die Volksw. 62 Studenten, danach zusammen 1202 gültige Stimmen. Die Verteilung der 122 Mandate erfolgt nach den eingereichten 14 Listen, wovon fünf miteinander verbunden waren.

Ueber Pilze, Pflanzenkunde, Blüherstellungen hat Dr. med. P. Jacobson an der Humboldt-Hochschule eine Vorlesung mit 100 Bildern und Lichtbildern, die am Freitag, den 30. Mai, im Werner-Siemens-Vereinssaal, Obenbrennenstraße 47, abends 8 Uhr, beginnt. Vorkosten sind erhältlich in Hauptort. Neue Friedrichstr. 53/55, in Kaufhäusern und vielen Buchhandlungen.

Das amerikanische Schmalz wird von der Bevölkerung sehr hoch geschätzt. Das unheimliche Defizit wird gestagt, wo das Schmalz bleibt, ob es beim Ausstraten überlaufen oder ob sonst ein Unfall damit passiert sei. Es ist zu hoffen, daß die Freitag letzten bald zur Abgabe gelangen, allzu fest wird die Bevölkerung von dem kleinen Quantum nicht werden.

Berlin-Gubholz. In der hiesigen Gemeindeverwaltung können eine Anzahl neuer und alter Männeranzüge abgekauft werden, und zwar erfolgt die Ausgabe am Einbohrer mit einem freiwilligen Einkommen bis höchstens 200 Mk. Der Verkauf erfolgt am Freitag und Sonnabend. Der letzte Steuersack ist mitzubringen. Die Preise sind in der Verkaufsstelle zu erfahren. Außerdem können noch eine große Anzahl Herrenanzüge und Männerhosen, sowie einige Paar getragene Militärstiefel abgegeben werden.

Der Schlichtermeister August Riemer, Alt-Moabit 65, teilt mit, daß das Gerücht, er habe amerikanischen Speck hinterher verkauft, und sein Leben wäre aus diesem Grunde vier Wochen geschlossen worden, seine Unterlagen sei.

Strassenverengung. Die Friederichstraße vor dem Hotel Atlas wird wieder Einbau der Teile der Untergrundbahn von sofort ab bis auf weiteres für den Fußverkehr gesperrt.

Verband Volksgemeinschaft, Ostseeufer Berlin. Die regelmäßige Mitgliederversammlung für den Monat Mai findet im Ruggelheim heute nachmittags 4 Uhr statt. Gäste willkommen.

Körp-Kadriaten-Park-Verde. Freitag nachmittags 4 Uhr, im Geordentlichshaus, Saal 1, Vollversammlung des gesamten Verbands.

Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten und Kriegesinter-Mitglieder. (Ortsgruppe Tankow-Schönhagen-Gub. 1918.) Sonnabend abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulstraße, Tankow, Volkshaus, 131.

Abschied des Kriegesbeschädigten, ehem. Kriegesinternehmer und Kriegesinterbliebenen, Walter Kottlitz, Freitag, 7 1/2 Uhr abends, im großen Saal des Volkshauses, Köpenick, 4 öffentliche Dankschreiben-Versammlung.

Ortsgruppe Köpenick der Zentralstelle für die Einigung des Sozialdemokratischen am Sonnabend, den 31. Mai 1919, abends 6 1/2 Uhr, bei Schenk, Gubenstraße, 15, eine Zusammenkunft aller Mitglieder und ständigen Freunde der Einigungsbestrebungen.

Gegen Wohnungsnot, Wohnungswucher und Schleichhandel demonstriert die Berliner Bevölkerung ohne Parteifarben am Freitag, nachmittags 6 Uhr, im Berliner Anjagarten. Kriegesinter (siehe Inserat).

Theater und Vergnügungen.

Opernhaus 7 Uhr: Mona Lisa.

Schauspielhaus 7 Uhr: Coriolan.

Volksbühne Theater am Hiltowplatz. 7 Uhr: Die Heirat.

8 Uhr: Der Umzug.

Rönngräzter Straße 18 Uhr: Stützen & Gesellschaft.

19 Uhr: Erdbeben.

Romöstenhaus an der Marschallbrücke.

Berliner Theater 18 Uhr: Sterne die wieder leuchten.

Deutsches Theater 7 Uhr: Die Wupper.

Kammerspiele 7 Uhr: Der Sina.

Kleines Schauspielhaus 7 Uhr: D. Büchse d. Pandora.

Lessing-Theater 7 Uhr: Der blaue Fisch.

Deutsches Künstler-Theat. Heute u. folg. Tage 7 Uhr: Das Schloß am Wannensee.

8 Uhr: Die Rutschbahn.

Kino-Theater 7 Uhr: Die Puppe.

Casino-Theater. 7 Uhr: Die Berliner Post.

Wintergarten 7 Uhr: Varietévorstellung.

Film-Palast Kellers Festsäle.

Heute: Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

Eröffnung des Filmwells und Mele.

Elite-Sänger 7 Uhr: Wohlthätigkeits-Vorstellung.

Berliner Prater 7 Uhr: Konzert - Theater Spezialitäten.

Prinzeß-Theater Kantstraße 163, am Zoo

Ab August nach Umbau und Vergrößerung Richard-Oswald Lichtspiele

Morgen: Uraufführung Anders als die Andern

(S 175)

Sozialhygienisches Filmwerk mit wissenschaftl. Unterstützung von Dr. Magnus Hirschfeld.

Regie: Richard Oswald Einleitende Worte von Dr. Magnus Hirschfeld

Erhöhte Preise Vorverkauf 11-1 Uhr an der Theaterkasse

Wirtshaus am Orankesee 18h. Max Korn

Konzert und Tanz

Artus-Hof-Garten, Perleberger Str. 24

Letzter Tag der Ringkampf-Konkurrenz

Das Geschlechtsleben des Weibes.

Das aufgekklärte Frau

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“

Kasenhof 13-15 Direktio: Karl Knope

Großer Ball mit verstärktem Orchester.

Säle frei! Auch Sonntags und Sonntags in Vereine

Gute Bücher für den Ehestand

Der Mensch. Werden, Sein u. Vergehen.

Mann und Weib. Eine Gesamtdarstellung

Das Geschlechtsleben des Weibes.

Die aufgekklärte Frau

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Räte-Zeitung

Die Heilkraft des Radium

5 Radium-Spezialpräparate

Frankf. Allee 337

Frankf. Allee 267

Musikalien + Instrumente

Dr. med. Karl Reinhardt

Haut- und Harnarzt

Zähne v. 3 an

Facharzt Dr. Meyenberg

Facharzt Dr. Haedicke

Spezialarzt Dr. med. Haedicke

Spezialarzt Dr. Scott

Am 27. d. M. verschied

Gesangsvorleser

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb



Frankf. Allee 337

Frankf. Allee 267

Musikalien + Instrumente

Dr. med. Karl Reinhardt

Haut- und Harnarzt

Zähne v. 3 an

Facharzt Dr. Meyenberg

Facharzt Dr. Haedicke

Spezialarzt Dr. med. Haedicke

Spezialarzt Dr. Scott

Am 27. d. M. verschied

Gesangsvorleser

Am 27. d. M. verstarb

Am 27. d. M. verstarb

Vertical text on the far right edge of the page, likely a continuation of an advertisement or a list of names.

Leдебур vor den Geschworenen

Achter Verhandlungstag.

Als erster Zeuge wird das Mitglied des Berliner Volksgenossenschafts, Fräulein Rosenbühler, vernommen. Rosenbühler war am 5. Januar in der Kommandantur tätig. Er hatte den Eindruck, daß bei der Besetzung des „Vorwärts“ und der verschiedenen Anstalten eine einheitliche Handlung nicht vorlag. Erst als die Regierung eine einheitliche Handlung nicht vorlag, und dem Kommando mit dem Kommandanturgeschäften beauftragten Kommandanten Herr als neuen, vom Revolutionsausschuß ernannten Kommandanten vorstellte, wurde ihm bewußt, daß auch eine organisierte Aktion im Gange war. Die Kavalieren zwischen Kommandantur und Polizeipräsidium waren schon lange im Gange.

Staatsanwalt Zumbroich: Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß die Regierung diesen Zeitpunkt sich gewählt hat, um die Besetzung zum früheren Vorklage zu bewegen? — Rosenbühler: Ich hatte den Eindruck, daß die Regierung eine Erklärung herbeiführen wollte. Als Mitglied des Volksgenossenschafts kann der Zeuge behaupten, daß der Volksgenossenschaft mit Eichhorn Amtsführung bis zu dem freilich Januarigen einverstanden war. Der Zeuge soll eine Rechnung über gelieferte Waffen im Betrage von 200.000 Mark bezahlen. Diese Waffen sind zwischen dem 20. November und 12. Dezember an das Polizeipräsidium geliefert worden. Das Ministerium des Innern hat die Bezahlung dieser Rechnung verweigert. Er habe damals Eichhorn als rechtmäßigen Polizeipräsidenten angesehen und die Waffenbestellung zusammen mit Richard Müller vom Volksgenossenschaftsamt gegenzeichnet.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ist dem Zeugen bekannt, daß die Waffen im Polizeipräsidium für die Mannschaften des Eisenerregiments nicht ausgereicht haben? — Rosenbühler: Ich kann behaupten, daß ich annahm, daß die Waffen nicht für eine Besetzung gegen die Regierung, sondern zu einem rechtmäßigen Gebrauch bestimmt waren. — Rechtsanwalt Obuch: Es ist Ihnen doch bekannt, daß Eichhorn als kommunaler Beamter dem Berliner Volksgenossenschaft unterstellt? — Vorsitzender: War Eichhorn kommunaler Beamter? — Rosenbühler: Es ist an der Stellung seinerzeit nichts geändert worden, es hat nur ein Verlebensbescheid stattgefunden. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: War Eichhorn im Sinne des alten revolutionären Systems zum Beamten ernannt worden ist, davon kann doch nicht die Rede sein.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ist Ihnen bekannt, daß Eichhorn schon vor seiner Ernennung durch den Volksgenossenschaftsamt im Polizeipräsidium tätig war? — Rosenbühler: Eichhorns Name wurde in einer Sitzung genannt, es war gewissermaßen eine Besetzung. — Rechtsanwalt Obuch: Ist dem Zeugen bekannt, daß sowohl das Ministerium des Innern wie das Finanzministerium dem Volksgenossenschaftsamt und den anderen revolutionären Körperschaften Sammelstellen in der Anweisung und Gewährung der notwendigen Geldmittel bereiteten. — Rosenbühler: Diese Tatsache ist mir bekannt, sie ist auf dem Märkte im Dezember eingehend erörtert worden. — Rechtsanwalt Obuch: Sie haben davon gesprochen, daß zwischen dem Volksgenossenschaftsamt und dem Kommando von Berlin Unstimmigkeiten über die Abgrenzung der beiderseitigen Amtsbefugnisse zutage traten? — Rosenbühler: Ich hatte das Empfinden, wenn einer dieses sagte, machte der andere jenes. — Rechtsanwalt Obuch: Ist Ihnen nicht bekannt, daß gerade der Volksgenossenschaftsamt mit diesen Bescheidungen fertiggestellt zu tun gehabt hat. — Rosenbühler: Ja wohl, es ist mir bekannt. — Rechtsanwalt Obuch: Ist Ihnen etwa bekannt, daß dem Volksgenossenschaftsamt Eichhorn von Seiten des Volksgenossenschaftsamt irgend eine Klage wegen einer Amtshandlung vorgebracht wurde? — Vorsitzender: Wie können Sie auf die angeblichen Verfehlungen des Polizeipräsidenten Eichhorn bei dieser Straffache nicht eingehen. — Rechtsanwalt Obuch: Es erübrigt mir sehr notwendig, auch in die Einzelheiten einzugehen. In den Herren Geschworenen einen Ueberblick zu geben, in welcher Rechts- und Konfliktlage sich die Personen wie Eichhorn und Leдебур damals befinden mußten, welche die Revolution vom November gemacht hatten. Für sie konnte die einseitige Absetzung Eichhorns durch das Ministerium kein rechtsverbindlicher Akt sein.

Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden, hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschaftsamt kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschaftsamt nicht vorlag, war die Absetzung unzulässig.

Nach den Akten der Staatsanwaltschaft hatten Eichhorn und ich die vorherige Zustimmung des Volksgenossenschaftsamt gefordert, die Regierung war bei ihren Angriffen am 5. Januar im Unrecht. Wenn der Volksgenossenschaftsamt entschieden hätte, daß Eichhorn gehen sollte, so wäre er kampflös gegangen, das kann Herr Zumbroich mir glauben. — Vorsitzender: Ich bitte die Vertreter der Staatsanwaltschaft mit ihrem Amtstitel zu bezeichnen, der Name Leдебур am besten weg. — Leдебур: Eichhorn wurde eingesetzt durch die revolutionäre Arbeiterkammer Berlins, durch die auch Leдебур eingesetzt wurde. Das ist hier das wesentliche und deshalb ist es notwendig, den Antrag meines Herrn Verteidigers, dessen Namen ich nicht nennen will, um ihn nicht zu kränken, anzunehmen. — Vorsitzender: Das ist eine Ungehörigkeit, Angeklagter,

das ist eine Verhöhnung des Gerichts! — Leдебур: Eine Verhöhnung lag mir fern; in einer notwendigen Verhandlung hat auch der Quorum kein Recht. — Vorsitzender: Vor Gericht gibt es keinen Quorum. — Leдебур: Der Quorum ist unermesslich, auch bei Leuten, die als Angeklagte vor Gericht stehen. Das Gericht beschließt, die Fragen des Verteidigers Recht. — Staatsanwalt Obuch: Wegen der angeblichen Verfehlungen Eichhorns und der Kompetenzkonflikte zwischen dem Polizeipräsidium und der Kommandantur zugulassen.

Rechtsanwalt Obuch fragt nunmehr den Zeugen Rosenbühler, ob er weiß, daß Eichhorn wegen einiger Verhaftungen im Zweifel war, da sie ohne richterlichen Befehl erfolgt waren und ob Eichhorn sich nicht an den Volksgenossenschaftsamt wegen der Verhaftungen seiner Amtsbefugnisse vorgebracht werden konnte. — Rosenbühler: Ich weiß nur, daß auf Anordnung Eichhorns im November einige Leute, gegen die Verfahren eingeleitet werden sollten, aus der Haft entlassen worden sind. — Rechtsanwalt

Obuch: Diese Fälle meine ich nicht. Erinnern Sie sich nicht, daß damals einige rheinische Industrielle wegen eines angeblichen Komplotts auf Demoralisation eines Rekruten von den dortigen Arbeiter- und Soldatenräten verhaftet worden sind? — Rosenbühler: Ja wohl. — Rechtsanwalt Obuch: Wissen Sie, daß Eichhorn sich in dieser Sache an den Volksgenossenschaftsamt gewandt hat? — Rosenbühler: Mir ist nicht in Erinnerung, daß Eichhorn über das Schicksal dieser Herren zu entscheiden hatte. Sie sind, so viel ich weiß, doch direkt in das Hoheitsgebiet Unterhandlungsgegenstände eingeschleift worden. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Erinnern Sie sich nicht, daß Eichhorn Stinnes und Laufen am Bahnhof in Empfang genommen hat? — Rosenbühler: Ich kann mich nicht erinnern. — Rechtsanwalt Rosenfeld: So werden wir zu diesem Punkte den Generalstaatsanwalt Plaßke hören, der mit Eichhorn über diese Fragen eingehend verhandelt hat. — Rechtsanwalt Obuch: Es hätten sich einige Offiziere gegenrevolutionäre Ausschreitungen zuzuschreiben kommen lassen.

Ist Ihnen bekannt, daß Eichhorn, bevor er zu Verhaftungen schritt, sich in einer Sitzung des Volksgenossenschaftsamt über die Ansichten dieser Körperschaft Gewissheit verschaffte? — Rosenbühler: So viel ich weiß, hat Eichhorn vor dem Volksgenossenschaftsamt ein Referat über Maßnahmen zur Verhütung einer Gegenrevolution gehalten und sich mit einigen Mitgliedern des Volksgenossenschaftsamt in den konkreten Hoffnungen Rat eingeholt. Der Zeuge Rosenbühler äußert sich jedoch über die Beziehungen zwischen Kommandantur und Polizeipräsidium. Die Kompetenzen waren die gleichen wie früher geblieben; wegen des Mangels an Personal verwandte aber das Präsidium ebenso wie die Kommandantur Soldaten, und dieser Umstand führte zu Konflikten.

Der schwerste Zusammenstoß erfolgte am 8. Dezember. Die Kommandantur hatte wegen einer Anzahl Volksgenossenschaftsamt Absperrungen in der Chausseestraße angeordnet. Nach der Demonstration in den Germaniafällen hatte sich ein großer Demonstrationzug gebildet, an dessen Spitze sich Eichhorn stellte, der diese Demonstrationen genehmigt hatte. Es kam zu Schießereien. Rechtsanwalt Obuch: Die Kommandantur hatte doch als wesentliche Aufgabe damals die Demobilisierung des alten Heeres. Wie kam es, daß man sich an Straßenpolizeilichen Maßnahmen für berechtigt hielt? — Rosenbühler: Die Kommandantur hielt die Absperrungen für zweckmäßig. — Rechtsanwalt Obuch: Bäre es nicht Pflicht der Kommandantur gewesen, das Polizeipräsidium von dieser polizeilichen Maßnahme vorher rechtzeitig zu verständigen? — Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen, Ihre Beantwortung ist keine Aussage, sondern ein Urteil. — Rechtsanwalt Obuch: Was für Umstände bestimmten Sie, Ihr Mandat als Beauftragter in der Kommandantur dem Volksgenossenschaftsamt zurückzugeben. — Rosenbühler: Die Vorgänge vom 6. und 8. Januar. Ich konnte nach den Vorgängen im März mein Mandat nicht mehr ausüben, ohne zweideutig zu handeln. — Rechtsanwalt Obuch:

Wie wurde der Widerstand im Januar organisiert? Rosenbühler: Es wurden Freiwillige aus dem Volke aufgerufen und von der Regierung bewaffnet. Meine Aufgabe war es, den neuen Kommandanten einzuführen. Die Sitzung muß nunmehr geschlossen werden, weil die Akten wegen der Haftentlassungsbeschwerden zum Kriminalgericht müssen. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Gegenüber der neutralen Bemerkung des Staatsanwalts Obuch, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiterkammer die Freilassung des Angeklagten wünschte, stelle ich fest, daß die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins mit 1000 gegen 3 Stimmen die Haftentlassung Leдебours gefordert hat. Hinter dieser Versammlung steht eine Million Berliner Arbeiter.

Rechtsanwalt Liebknecht: Die Staatsanwaltschaft sucht den H. Bachmann, hat ihn aber seit Wochen nicht ermitteln können. Wir machen daher die Mitteilung, daß der Bachmann in Charlottenburg, Goethestraße 24, 4 Treppen, rechts bei Senck, wohnt, und erwarten, daß die Anklagebehörde nunmehr dafür sorgt, daß der Zeuge in diesem wichtigen Strafverfahren erscheint. Die Sitzung wird auf Freitag 9 Uhr vertagt.

In unserem gestrigen Fragebericht ist uns ein Fehler unterlaufen, der richtig gestellt werden muß. Der als Zeuge gegen den Grafen Bismarck aufgetretene Fröhlich ist früher nicht Sekretär des Roten Soldatenbundes gewesen, sondern Expedient der Zeitung des Roten Soldatenbundes. Wir bitten dies zu beachten.

Ein Kohling.

Der Maschinenklosterer Agnewski wurde von der dritten Strafkammer des Landgerichts II wegen Körperverletzung und hinterlistigen Ueberfalls gegen die Person Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einem Monat Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Agnewski war in dem Nordprozeß Liebknecht-Luxemburg einer der unheimlichsten Zeugen. Er hat zu den von Offizieren ausgeschickten Mannschaften des Eisenbataillons gehört, die in der Vorstadt Tagung und Liebknecht beim Abtransport mit Schimpfbölen und Drohungen bedrohten. Er ist sowohl beim Abtransport des halbtagsfähigen Karl Liebknecht als auch beim Abtransport der bewußtlosen Rosa Luxemburg auf das Auto gesprungen und hat die gemarterten Opfer des Militarismus noch mit der Faust bearbeitet. Nach seiner schimpflichen Tat zeigte er unter den Kameraden keine Mütze Heut und prüfte mit seiner zehnen Fingerringe.

Vor dem Kriegsgericht spielte dieser Herr als Zeuge den Leidigen; er war empfindlich darüber, daß man gewagt hätte, ihn unter Anklage zu stellen, da er der Auffassung war, er hätte ein gutes Werk verrichtet. Der Vorsitzende des Kriegsgerichts hielt es nicht für nötig, sein rotes Zeugnis zu rüben. Der Zeuge schloß sich während der letztjährigen Verhandlung unter der militärischen Föhrer- und Zeugenegelschaft sehr wohl. Er rütelte sich auf der Zeugenbank und verzog bei jeder Wiederholung einer roten Aeußerung sein Gesicht zu einem lässlichen Grinsen. Er war auch bei jeder Gelegenheit bei dem Staatsanwalt Ortmann zu sehen, der der Verhandlung vor dem Kriegsgericht als Zuhörer beizuohnte und jetzt die Anklage gegen Agnewski geführt hat.

Agnewski steht ohne Zweifel in enger Beziehung zu den des Nordes an Luxemburg und Liebknecht angeklagten Offizieren. Auch mit den C-fizierzeugen des Eisenbataillons unterhielt er während der Verhandlung die besten Beziehungen. Nun hat er vor dem ordentlichen Gericht ebenso milde Richter gefunden, wie die Offiziersjuristen vor dem Kriegsgericht.

Preussische Landesversammlung.

20. Sitzung, Mittwoch, den 28. Mai. Auf der Tagesordnung stehen drei dringende Anträge über die Vorgänge in den Rheinländern.

Sie sind von den Demokraten, den Deutsch-Nationalen und den Unabhängigen Sozialdemokraten gestellt. Die Anfrage der Unabhängigen Sozialdemokraten lautet:

„In der Staatsregierung bekannt, daß führende Persönlichkeiten des Rheinlandes, namentlich Zentrumsgesandte, wiederum ernstlich die Gründung einer rheinischen Republik betreiben? Was gedenkt die Staatsregierung gegen diese Bestrebungen zu tun?“

Abg. Jansen (Dem.): In der früheren Rheinland-Debatte hat Herr Dr. Geh vom Zentrum zugegeben, daß ein solches Gebilde einfach nicht möglich sei. Die Dinge liegen denn doch anders, die Gefahr war bei weitem größer. Das Zentrum hat sich damals der Abstimmung enthalten. Das war ein taktisches Manöver, das Zentrum wußte, daß es bei der Abstimmung aus-einanderfallen würde. Hätte das Zentrum damals mitgestimmt, dann hätte es gestern nicht nötig gehabt, 2 seiner Mitglieder so brüsk zu beanstanden. Herr Kauter hat damals erklärt, daß zu seiner Zeit über diese Pläne mit den Alliierten Verhandlungen geführt worden seien. Wenn er damals erklärt hat: Wir sind deutsche Rheinländer, die unter keinen Umständen vom Verbands des Reiches getrennt werden wollen, und wenn er jetzt an den Verhandlungen teilgenommen hat, so hat er dem Gedanken der Loslösung vom Reiche schon tatsächlich zugestimmt.

In der Zwischenzeit aber hat die Bewegung im Rheinland nicht geruht. In der Entwicklung der Dinge hat auch die Regierung eine Wertschätzung. Sie hat

die Angewandtheit, die in dem Lande über ihre Unzulänglichkeit herrscht, nicht zu beschleunigen unternommen, sie hat die großen finanziellen Schwierigkeiten, in die die Gemeinden durch die fremde Besetzung gedrückt worden sind, beinahe bis auf den heutigen Tag fortzuziehen lassen. Es ist kein Zweifel, wenn die Volksgrenze kommt, wird sie nicht an der früheren deutschen Grenze liegen, sondern an der Grenze des besetzten Gebiets. Nun zu begründeterweise hat uns das sehr große Sorge bereitet, denn das bedeutet letzten Endes den Ruin unserer Industrie. Jeder muß sich jetzt sagen, alle Sonderbestrebungen haben aufzu-hören, und bleibt nur ein, geschlossen zusammenzutreten und zu-zusehen, wie das Jurdikare ertragen werden kann. Jetzt müssen wir aber erfahren, daß die auf die Abtrennung der Rheinlande gerichteten Bestrebungen binnen Kurzem von Erfolg gekrönt sein werden, daß die rheinische Republik bald da sein wird. Den Be-sprechungen ist über diese Vorgänge aus Köln amtlich Bericht er-halten worden, und dieser Bericht liegt sogar schon in der „Rhein-ländischen Zeitung“ gedruckt vor. Zunächst haben die französischen Beziehungen lebhaften Widerstand bei England gefunden; in der Deutlichkeit ist aber zu lesen, daß General Rangan erklärt hat, die Engländer hätten den Franzosen freie Hand gelassen, wobei die Rheinländer sind in einer sehr schlimmen Lage. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir, mag der Vertrag angenommen oder abgelehnt werden, dennoch in den Händen der Entente bleiben werden. General Rangan ließ durchblicken, daß auch noch 15 Jahren

die Besetzung weiter aufrecht erhalten werden würde, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, kann Deutschland werde die Friedensbedingungen ja doch nicht erfüllen. (Gut, Herr!) Also, deshalb sind die Friedensbedingungen so unerträglich schwer, damit wir sie gar nicht erfüllen können. Das ist der unerhörte Betrug, der je-jeden in Volk ausgedacht worden ist. Mit einem Reiche, der seine Verbindungsabstände auch jetzt noch in dieser Weise deutlich erkennen läßt, weiter zu verhandeln, ist und bleibt Hochverrat. Wenn es nun auch der Entente gelingen sollte, uns auf diese Weise äußerlich von Preußen und vom Reiche loszureißen, glaubt man, und dadurch nun auch innerlich von Deutschland loszulösen? Das rheinische Volk will niemals eine Republik im Sinne der Entente, es will deutsch sein und deutsch bleiben. (Beifall.)

Abg. Klingemann (Dahl): Das Zentrum hat im März Herrn Kauter sprechen lassen, der jetzt eine so merkwürdige Rolle spielt. Dieser weltliche Vufferschat würde allen französischen Kuchenschinken hehrlos ausweihen sein. Kein Wort ist hart gegen diese landesverräterischen Pläne. Die wirtschaftliche Zukunft des Rheinlandes ist mit der Preußens engverbunden. Preußen und Rheinland gehören für immer zusammen. (Beifall.)

Abg. Stöcker (H. S. P.): Als wir neulich über die Lösungsbestrebungen gesprochen haben, konnten wir annehmen, die rheinische Republik sei er-lebt. Es zeigt sich nun, wie berechtigt unsere damalige scharfe Kritik war. Das Zentrum hat nie aufgehört zu wählen. Die wenig nationale Bewegungen die Treiber der Abtrennung be-herzigen, beweisen zahlreiche Preßverurteilungen. Die Deut-lichkeit, der Herr Fröhberger jetzt noch stehen dürfte, macht Frankreich geradz zu dem Vorwurf, daß es keine rheinische Republik zu errichten gedenke, und ihm wird nahe gelegt, was zu tun wäre. Das wichtigste ist, daß ein Plan in der Zukunft ent-worfen wird, wie die Entente durch Verprechung milderer Friedensbedingungen die Bevölkerung für die Angliederung an Frankreich gewinnen könne.

Die „Katholische Volkspartei“ appelliert an die Volkswahlmänner, nur die Zukunft und die Interessen der Rheinlande im Auge zu behalten. Was das bedeutet, kann man ersehen, wenn man weiß, daß die „K. V.“ von den separatistischen Plänen unternimmt ist und sie billigt. Wer hat uesterlese Annexionen ge-nüßelt, wer hat

und als Landesverräter gezeichnet während des Krieges und genau den Frieden geüßt? Das war die „K. V.“ (Große Unruhe.)

Obwohl wir die Trennungsbestrebungen bedauern, sprechen wir die deutsche Regierung durchaus nicht von jeder Schuld frei. Sie hat kein gutes Beispiel im Osten geliefert und die Arbeiter-stand, ohne daß der geringste Grund vorliegt. Aus dem Gelaß des Generalkommandos Münster wissen wir es, daß er lebhaft dem Zwecke dient, politisch Mitglieder in die so schon überfüllten Gefängnisse werfen zu können. Schlimmer kann es durch eine Entenbesetzung auch nicht kommen. Trotzdem sieht die Arbeiterkammer dem Loslösungsgedanken ablehnend gegenüber.

Die Arbeiter haben in einer Manifestation und durch Streik dagegen protestiert und die Verhaftung der Landes-verräter verlangt. (Ausführliche.) Wie sind den Vorwurf des Landesverrats erwidert, der für sämtlich konstatiert haben, weil wie energisch gegen ihre wahnwitzige Kriegspolizei aufgetreten sind. Und heute noch schmähen Lanzen von Militaristen in Befug-nis, weil sie für eine wahrhaft sozialistische Republik eintreten.

Es ist für uns klar, daß die Wachsenhaften am Rhein von Lexikalen Arzisen betrieuen werden, allerdings wesentlich unterstützt von neuen Kapitalisten,

die ihre Kriegsgewinne nicht rechtzeitig haben nach England in Sicherheit bringen können. Niedrigste Profitrate und Merkmale Vorzeileiter sind die Triebkräfte. Und es ist nötig, daß die Arbeiterklasse dies erkennt, um frei zu werden von falschem Nationalismus.

Sie sprechen über Diktatur. Aber was war der Krieg anderes als der verbrecherische Versuch, eine militärische Diktatur Deutschlands über ganz Europa zu errichten? Millionen Menschen sind diesem Wahnsinn geopfert worden. Die Welt wird sich freimachen von diesem Wahnsinn durch die Weltrevolution. (Lachen.) Sie lachen sich, als behel den Malderatadisch prophezeite und nun haben Sie ihn. Die Weltrevolution wird ihren Siegeslauf über ganz Europa halten. Die Völker der Entente beginnen zu erwachen. Die Zeiten, denen wir entgegengehen, sind ernst, und schließlich steht uns in unserem Kampfe gegen den Kapitalismus Schwere bevor. Aber aus der Nacht der Gegenwart leuchtet bereits das Morgenrot einer neuen, besseren Zeit hervor. (Lachen rechts.)

Die Weltrevolution kann nicht aufgehalten werden, denn sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Nur die Internationale Leitet das Menschengeschlecht. (Anrufe rechts, Weisfall links.)

Ministerpräsident Ehrlich: Was steht in den Rheinländern geschrieben ist, wird sich als verhängnisvoller Schritt erweisen, wenn man von den Lösungsbestrebungen dort nicht sofort und entschlossen zurücktritt. Schon bei früherer Gelegenheit ist auf die Wirkung solcher Unternehmungen auf das Ausland hingewiesen worden. Private Kreise sind in Verhandlungen mit dem Feinde eingetreten. Weder die Reichsregierung, noch die preussische Regierung waren davon unterrichtet. Erst am 19. Mai erhielten wir Kenntnis, daß Dr. Proberger am 15. oder 16. Mai mit der Absicht zur Führung solcher Verhandlungen nach Mainz abgereist ist. Verschiedene Redner haben jetzt schon von Hochverrat gesprochen. (Lachen und Unterbrechung der Unabhängigen.) Ich könnte zu einem so harten Urteil nur auf Grund amtlich festgestellter Tatsachen kommen. Vor wenigen Minuten erhielt ich einen Bericht über die Vorgänge in Mainz. Danach hat General Mangin die Absicht ausgesprochen, daß

die Sozialisierung in Deutschland

die Ordnung führen würde. Wenn die in dem Bericht mitgeteilten Tatsachen richtig sind, dann liegt allerdings Hochverrat vor und dann wird die Regierung von ihren Rechten Gebrauch machen. (Lachen des Abg. Hoffmann: Aber nicht erst, wenn der Vogel ausgeflogen ist — Gekohle.) Die Beteiligten an den Lösungsbestrebungen haben sich zweifellos eine schwere Schuld an ganzen deutschen Volk auf. Ein kleinerer Teil davon kann sich außerhalb des Verbundes des deutschen Reiches überhaupt nicht halten. Die preussische Regierung ist sicher, daß die Ablehnung dieser Bestrebungen auch von der Bevölkerung geteilt wird. Die im Hause vorgebrachten Klagen über die Zurückhaltung der Regierung gegenüber dem Rheinlande und zu bürokratischem Vorgehen, lassen sich leicht als unerbittlich nachweisen. Die Rheinländer können sicher sein, daß die rheinländische Verwaltung neuen Mannern des allseitigen Vertrauens übertragen werden wird. (Rebhafter Weisfall.)

Abg. Dr. Kulle (Dsch. Sp.): Es ist nicht wahr, daß gerade Nassau für diese Wachsenhaften energisch eingetreten wäre, es ist das eine Fiktion, es handelt sich nur um eine ganz kleine Clique, und der Mann, der da immer in erster Reihe genannt wird, ist ein erst vor ganz kurzem nach Wiesbaden bezogener Staatsanwalt.

Abg. Herold: Bei der gestrigen Schuldebatte hat Herr Adoff Hoffmann schon einen Angriff gegen das Zentrum wegen dieser rheinischen Lösungsbestrebungen gerichtet. Darum habe ich schon gestern die Erklärung des Zentrums mitgeteilt. Gegenüber der Neuerung des Abg. Stöder, man wisse doch nicht, wieviel Mitglieder des Zentrums hinter dieser Erklärung ständen, stelle ich fest, daß diese Erklärung einstimmig beschloffen worden ist. Im übrigen haben die Herren Kasteri und Kuchhoff auf das Bestimmteste erklärt, daß sie bei diesen Besprechungen niemals daran gedacht hätten, sich irgendwie von Preußen und vom Reich zu trennen, sondern daß es sich nur darum gehandelt habe, einen selbständigen Gliedstaat innerhalb des Deutschen Reiches zu bilden. Das Zentrum hat von diesen Besprechungen keinerlei Kenntnis gehabt. Wenn die Bestrebungen, sich von Preußen — nicht vom Reich, daran denkt niemand — zu trennen, einen größeren Umfang angenommen haben, so liegt ein Grund dafür allerdings auch darin, daß die alte Verwaltung es nicht verstanden hat, sich die Sympathien der rheinischen Bevölkerung zu erwerben. Man hat sich Tadeln hindurch an den Rheinländern veründigt und hat so die Grundlage geschaffen, auf der diese Bewegung überhaupt erst hochkommen konnte. Die Erklärung, die der Ministerpräsident abgegeben hat, daß nunmehr

ein anderes Verwaltungssystem

eingeführt werden solle, wird zweifellos außerordentlich beruhigend in den Rheinländern wirken. Für das, was die Rheinische Volksgemeinschaft in dieser Frage geschrieben hat, nehmen wir die Verantwortung ab. Wir haben jetzt alle Verantwortungen, einmütig und geschlossen zusammenzufassen. Einigkeit und Geschlossenheit, das sei die Parole. (Rebhafter Weisfall. Adoff Hoffmann ruft: Spiegelberg! Große Anrufe und Pausen im ganzen Hause.)

Abg. Schäfer (Soz.): Die Erklärung des Zentrums ist zu spät gekommen. Wir haben den Erklärungen der Herren Kasteri und Kuchhoff schon bei den Verhandlungen vom 21. und 22. März mißtraut und die Entwicklung der Dinge hat uns recht gegeben. Warum ärgert die preussische Regierung noch, Herrn Proberger zu verhaften? Sollte bei dem bevorstehenden Friedensschluß der Kapitalismus noch einmal liegen, so möge die Entente doch nicht vergessen, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben wollen. (Weisfall.)

Abg. Dr. Herzt (Dnall) richtet Angriffe gegen die Regierung, daß sie bei diesen Gegenständen auf die Bedingungen zu nachgiebig gewesen sei. Seine Partei werde, wenn es sein müsse, in die schärfste Opposition treten.

Ministerpräsident Ehrlich: Es trifft nicht zu, daß die Stimme des Volkes ungehört verhallt ist. Die große Mehrheit des Volkes will nicht, daß man die Friedensbedingungen einfach ablehnt, sondern, daß man Gegenorschläge macht und so versuchen soll, auf den Weg der Verhandlungen zu gelangen. Selbstverständlich kann man nicht rundweg alle Forderungen der Gegenseite ablehnen und unter allen Umständen die Unterschrift verweigern; dann würde noch viel namenloseres Unglück die Folge sein. Vizepräsident von Kries: Wegen des Aufschlusses! rufe ich den Abgeordneten Lutz zur Ordnung. (Abg. Adoff Hoffmann richtet gegen den Abg. Lutz einen Antrag, für den er ebenfalls vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird.)

Abg. Stöder (U. S. P.):

Herr Abg. Herzt hat es für nötig gehalten, die Regierung aufzufordern, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Es ist ein Skandal, daß gerade Sie, die das Volk in all die Rat und das Herz gestürzt haben, derartiges fordern. (Zunehmend rechts.) Es war Wilhelm II., der der schlesischen Landwehr sagte: „Auf den Knien sollen sie uns um Frieden bitten.“ Das war Ihr Freund! (Geneute Anrufe.) Ich erinnere an die Worte, die im Vernehmungsprotokoll stehen, worin jeder Friede der Verständigung abgelehnt wird. (Infolge beleidigender Zwischenrufe von rechts kam es zu minutenlangem großem Tumult. Nur mit Mühe konnte der Präsident Ruhe schaffen.)

Herr Herzt hat von der Stimme des Volkes gesprochen. Die hätten Sie

vor acht Tagen im Lustgarten

vernehmen können. Das war die richtige Stimme des Volkes. So denkt das Volk über die Friedensfrage. Herr Herzt hat die Schuld an der Verbitterung der Rheinländer der berrussischen Politik zugeschoben. Darin hat er recht und wir haben stets dagegen angekämpft. Aber Sie vom Zentrum haben dieses berrussische Wesen unterstützt und mitverschuldet. Herr Schäfer von den Reichssozialisten hat wohl einen Abbau des Kapitalismus für notwendig erklärt, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Das genügt jedoch nicht. Erst die völlige Beseitigung des Kapitalismus kann Wandel schaffen. (Weisfall links.)

Abg. Schlimmann (Dem.): Das Zentrum, dem wir für seine Haltung dankbar sind, hat zu Unrecht den Demokraten einen Teil der Schuld zugeschoben. An der gegenwärtigen Unternehmung Probergers ist keine Partei dieses Hauses beteiligt. Proberger steht im Dienst der Entente, und der Zentrumsgesandte Kasteri ist nicht besser.

Abg. Dr. Herzt (Zentr) bedauert aus politischen Gründen, daß die Reichssozialisten sich hervorragend an dem Festhalten gegen das Zentrum beteiligen, obwohl dieses mit den Lösungsbestrebungen nichts zu tun hätte. Das katholische Volk habe den Eindruck, daß wir uns mit diesen Schritten einem neuen Kulturkampf näherten. In diesen Fragen lasse das katholische Volk nicht mit sich spielen.

Abg. Steinbrink (Soz.): Das Zentrum nach die christlichen Parteimitglieder aus seinen Reihen ausschließen. Wir sind gegen jede Loslösung.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Anfragen und Anträge). Schluß nach 5 Uhr.

Vollversammlung der N- und S-Räte Groß-Berlin.

Gestern fand die Fortsetzung der am 21. Mai verlagten Vollversammlung in den „Kammern“ statt.

Vor Beginn der Verhandlungen beantragte Versammlung der Kommunisten, den Punkt „Vorbereitung zur Neuwahl der Arbeiterräte und Einberufung des Rätekongresses“ als besonderen Punkt 2 zu verhandeln. Der Antrag wurde abgelehnt.

Richard Müller verliest ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld, in dem eine Meinungsäußerung der Vollversammlung über die eventuelle Haftentlassung Ledebours verlangt wurde, um vor Gericht hausein zu können, daß die gesamte Arbeiterschaft die Haftentlassung Ledebours verurteilt. Die Versammlung erklärte sich ohne Diskussion gegen 3 Stimmen für die sofortige Haftentlassung.

Ueber die Finanzierung der Arbeiterräte so wie des „Vollzugsrats“ berichtete Herzt. Gleich nach dem ersten Rätekongreß bestanden finanzielle Schwierigkeiten. Das preussische Finanzministerium hat bis jetzt dem „Vollzugsrat“ 90 000 Mark Vorschuß gegeben. Auf der Grundlage des Umlageverfahrens will das Oberpräsidium von Brandenburg diese Kosten decken. Demgegenüber protestieren die Unternehmer, die auch den Arbeiterräten die Geldmittel verweigern. Die stattgefundenen Verhandlungen mit dem preussischen Finanzministerium ist ergebnislos verlaufen, da angeblich die rechtliche Grundlage fehle, auf deren Basis die Regierung zur Finanzierung der Arbeiterräte berechtigt und verpflichtet sei. Deshalb haben wir die Forderung der rechtlichen Anerkennung der Arbeiterräte mit Nachdruck zu vertreten. Sollte aber diese Anerkennung nicht erfolgen, dann hat die Arbeiterschaft die Pflicht, ihre Räte selber zu finanzieren. In der Diskussion erhebt als erster Redner das Wort

Richard Müller (U. S. P.): Die im Staatshaushaltsauschuss zum Ausdruck gelangene Absicht der Regierung, die Arbeiterräte abzuwürgen, bedeutet die schärfste Kampfanzeige an die Arbeiterschaft. Man arbeitet wieder mit den bekannten Verleumdungen gegen die Arbeiterräte. Man will

erst die Arbeiterräte und dann die Betriebsräte abwürgen. Während die Regierung erst die Verankerung der Räte verspricht, geht sie jetzt an deren Auflösung, und will mit Zwangsgesetzen die Arbeitsfreudigkeit heben. Das wird sie nicht gelingen. Durch solche Maßnahmen wird die Produktion untergraben. Die Regierung sollte doch endlich der berechtigten Forderung der Arbeiterschaft auf endgültige Anerkennung der Arbeiterräte zustimmen. Die Mittel für die Neuwahl der Arbeiterräte Groß-Berlins hat die Regierung auch verweigert: Da aber die Arbeiterschaft diese Neuwahl für notwendig hält, wird sie trotzdem stattfinden.

Redner wendet sich dann zur Vorbereitung des III. Rätekongresses. Es muß laut Beschluß eine Neuwahl der Arbeiterräte in ganz Deutschland stattfinden. Dazu haben die Kommunisten ein Wahlreglement entworfen, das völlig unbrauchbar ist. So wird u. a. der Termin des Kongresses schon auf den 5. Juni angesetzt und auf je 20 000 Wahlberechtigte ein Delegierter verlangt. Dadurch würde der Rätekongreß verhandlungsunfähig, oder es müßten nur Kommunisten als Delegierte gewählt werden. Das Wahlreglement zeigt, daß die Kommunisten nicht fähig oder nicht gewillt sind, positive Arbeit zu leisten. Da diese Partei stets positive Mitarbeit verweigert hat, aber viel in der Bekämpfung der unabhängigen Sozialdemokratie leiste, beweist sie, daß ihre ganze Tätigkeit darauf hinausläuft,

einen Reil in die Arbeiterschaft zu treiben.

(Rebhafter Weisfall.) Die U. S. P. D. wird ihr Ziel weiter verfolgen, unbeschwert um die Parteien rechts oder links von ihr. An der Schaffung einer Räteorganisation werden wir mit allen Mitteln arbeiten, und Mittel und Wege finden, dieses Ziel durchzusetzen.

Redner unterbreitete folgenden Antrag der Fraktion der U. S. P.:

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 29. Mai 1919 verpflichtet alle Hand- und Kopfarbeiter, soweit sie wahlberechtigt zum Arbeiterrat sind, zur Schaffung eines Wahl- und Propagandafonds beizutragen. Den Arbeiterräten liegt es ob, die Beiträge nach den Bestimmungen des Vollzugsrates einzusammeln. Der Vollzugsrat wird beauftragt, sofort entsprechende Bestimmungen herauszugeben. (Weisfall.)

Prolet (S. P. D.): Die Einberufung des Rätekongresses betrifft das ganze Reich, darum ist es Sache des Zentralrats, auf Grund eines neuen Wahlreglements die Wahlen anzuordnen. Für Experimente ist jetzt natürlich keine Zeit. Wenn der Vollzugsrat dem Zentralrat ein vernünftiges Reglement unterbreitet, dann wird dieser so objektiv sein und es annehmen. Die Finanzierung des Vollzugsrates ist schon immer ein heißes Nagel gewesen. Da auch Unabhängige in der Regierung waren, sind sie mitentschieden an diesen misslichen Verhältnissen. Wenn wir beweisen, daß wir praktische Arbeit leisten können, dann wird auch die Regierung die Geldmittel bewilligen. Das Geld der Steuerzahler darf nicht sinnlos verneudet werden (Zunehmend rechts). Ja, sorgen Sie (zu den Unabhängigen und Kommunisten) doch dafür, daß dieser Kampf ein gelingender wird. (Weisfall und stürmischer Widerspruch.) An der Nationalversammlung haben auch wir keine Freude. Deshalb muß die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß bei der nächsten Wahl (Wahl der Sozialisten die Mehrheit erhalten, keiner meiner Parteigenossen, auch nicht die in der Regierung, denken daran, die Arbeiterräte abzuwürgen. (Stürmischer Widerspruch. Anrufe: siehe „Vorwärts“.) Der „Vorwärts“ nimmt jetzt eine

objektive Haltung ein. (Lachen.) Unklarheiten über das Wahlreglement findet man natürlich auf beiden Seiten. Die Frage der Finanzierung muß ohne politische Leidenschaft entschieden werden, und tritt die U. S. P. D. für die Finanzierung der Arbeiterräte durch die Regierung ein. (Weisfall.)

Lange (U. S. P.): Müller hat durch seine Rede an sich eine politische Hinrichtung vollzogen. Die Demokraten und Reichssozialisten haben dieser Rede oft Weisfall gesendet. (Widerspruch.) Da die U. S. P. D. für die Nationalversammlung eingetreten ist, ist sie mitentschieden an der Abwürgung der Arbeiterräte. Wir müssen es ablehnen, dem Zentralrat, der seinen 3. Rätekongreß will, ein Wahlreglement zu unterbreiten. Der von den Kommunisten dem Vollzugsrat vorgelegte Entwurf genügt vollkommen; denn der nächste Rätekongreß soll doch nur die Vertreter des Proletariats, die auf dem Boden des reinen Räteprinzips stehen, vereinigen. Wenn man den 3. Rätekongreß hintertrieben hätte, dann muß man natürlich, wie es Müller tut, allerlei Schwierigkeiten in die Waagschale werfen. Die Regierung erkennt die Arbeiterräte nicht mehr an. Kürzlich hat der Minister Bauer bei Verhandlungen erklärt, er kenne keine Arbeiterräte. Deshalb wollen wir nicht mehr von der Regierung die Finanzierung erbiten, sondern die Arbeiterschaft auffordern, die nötigen Mittel aufzubringen. (Weisfall.)

Müller (Demokrat) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Debatte in ein Parteigeknall ausgeartet ist. Die U. S. P. D. hat ein recht zweifelhaftes Resultat erzielt. Dem

Vollzugsrat muß ein Beschluß, und zwar ein Beschluß, verlangt werden. Ueber die Frage der Finanzierung der Arbeiterräte steht kein Zweifel; denn bis jetzt hat die Regierung die Arbeiterräte stets anerkannt. Da auch wir für das Fortbestehen der Arbeiterräte eintreten, verlangen wir eine klare Stellungnahme der Regierung in dieser Frage. Der alte Geist, der leider noch in den Ministerien herrscht, muß daraus verschwinden. Wegen einer Abwürgung der Arbeiterräte müssen auch wir uns wenden. Ein Wahlreglement für den Rätekongreß erfordert gründliche Vorarbeiten, die unbedingt geleistet werden müssen. Aufgabe des Vollzugsrats muß es sein, einen entsprechenden Entwurf vorzubereiten. (Weisfall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Folgende Anträge der U. S. P. gelangen mit großer Mehrheit zur Annahme.

I. „Der Vollzugsrat der N- und S-Räte Groß-Berlins wird beauftragt, mit dem Preussischen Kabinett über die weitere Finanzierung der Arbeiterräte und des Vollzugsrates und deren gesetzliche Festlegung zu verhandeln. Bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, empfiehlt die Vollversammlung, von allen weiteren Maßnahmen abzusehen.“

II. „Der Vollzugsrat wählt eine Kommission, die sofort ein für das ganze Reich anwendbares Wahlreglement auszuarbeiten soll. Sobald das geschehen ist, wird der Zentralrat aufgefordert, einen Kongreß nach dem vorgelegten Reglement einzuberufen, leitet der Zentralrat ab, dann tritt der Beschluß der Vollversammlung in Kraft.“

Auch der Antrag der Fraktion der U. S. P. D., den Richard Müller unterbreitet hat, wird angenommen.

Rufig (U. S. P.) referiert zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Stellung der kommunalen Arbeiterräte.

Es kann nicht bestritten werden, daß die kommunalen Arbeiterräte der Allgemeinheit wertvolle Dienste leisten. Besonders in der ersten Zeit der Revolution haben sie für Ruhe und Ordnung gesorgt. Das mühe besonders das Vorkommen anerkannter parlamentarischer Zusammenfassung der kommunalen Arbeiterräte, die durchgeführt werden; besonders auch die Anhänger der U. S. P. D. sollten sich dazu bekennen. Das Bestehen der Bürgerräte, neben den Arbeiterräten völlerberechtigt anerkannt zu werden, ist nicht notwendig. Eine baldige Neuwahl der kommunalen Arbeiterräte ist notwendig. In einer gemeinschaftlichen Sitzung, die nächsten Sonntag, hat der Oberbürgermeister übermütig eine einseitige Stellung gegenüber den Arbeiterräten eingenommen. Es wird deshalb möglich sein, in vollem Einvernehmen mit den Arbeitern und Betriebsleitungen der Stadt zu arbeiten. Daß die Regierung gegenüber den Arbeiterräten eine zweifelhafte Stellung einnimmt, ist auch daraus zu ersehen, daß Heine für die Beteiligung wirkt, während Robert Schmidt in der Lebensmittelfrage mit dem Vollzugsrat gemeinsam arbeitet. Die Arbeiterschaft muß alles daran setzen, auch die kommunalen Arbeiterräte zur Anerkennung zu bringen. (Weisfall.)

Die Diskussion über das Referat wurde vertagt, bis die kommunalen Arbeiterräte in einer besonderen Sitzung an der Frage Stellung genommen und die Verhandlungen mit dem Ministerium fortgesetzt haben.

Lange (U. S. P. D.) macht Mitteilung von Waffenanboten durch Ladspiegel, und warnt vor der besorglichen Arbeitslosenemonstration. Folgende Erklärung der Kommunisten bringt er der Versammlung zur Kenntnis:

„Vor der heutigen Vollversammlung sind an verschiedenen Arbeiteramtmitgliedern Ladspiegel mit dem Ersuchen beauftragt, die Arbeiter sollten sich sofort bewaffnen. Die Ladspiegel haben auch die Lieferung von Waffen angeboten. Die Arbeiterschaft wird dringend aufgefordert, den Ladspiegeln nicht auf den Leim zu kriechen.“

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die Vollversammlung zu vertagen.

Richard Müller verliest dann noch einen Aufruf der tätlichen Sozialisten an die Proletarier aller Länder.

Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Teltow.

In der heute nachmittag im Sitzungssaal des Herrenhauses tagenden Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Teltow erhaltete Freimann (S. P. D.) den

Bericht der Zentralstelle.

Er führt aus, daß die Arbeit in der Zentralstelle eine sehr schlimme gewesen sei. Man habe sich gegenseitig belogen und betrogen. Das Landratsamt läßt sich zwar die Kontrolle der Arbeiterräte gefallen, respektiert aber deren Wahlnahme durchaus nicht. Durch verschiedene Mißgriffe sind die kommunalen Arbeiterräte in Verfall gekommen. Es fehlt eben ein Stamm eingearbeiteter Kräfte. In der Verteilung der Lebensmittellieferungen der Kranken geschehen die größten Schandthaten. Besonders die besser gestellten Kreise leisten hierin Hervorragendes. Die Besoldung der kommunalen Arbeiterräte hat viele Klagen hervorgerufen. Die Besoldung steht jetzt fest, es fragt sich nur, wie weit die kommunalen Arbeiterräte überhaupt haben. Es herrscht nicht das geringste Verständnis und das Vertrauen für die Arbeiterräte. Solange die Errungenschaften der Revolution nicht gesichert sind, bedeuten die Arbeiterräte eine Notwendigkeit zum Ruhen der Allgemeinheit. Aus der kommunalen Tätigkeit muß die Parteilosigkeit ausgeschlossen werden. Für die kommunalen Arbeiterräte gilt nur das Wort der Allgemeinheit. Wir können den Sozialismus nicht durch gemeinsame Arbeit herbeiführen und ihn durch Parteilosigkeit in die ganze unheilbare Seelung der kommunalen Arbeiterräte herbeigeführt worden. Redner unter-

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Die in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker vereinigte Prinzipalität und Gewerkschaft hat sich über Gewährung einer neuen Leertungsgulage und über Ferienvergütung in dem das für zuständige Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker nicht verständigen können, und auf Antrag des Reichsarbeitsministeriums in ein Schiedsgericht mit der Entgegengabe über die Kräftefragen betraut worden. Dieses hat einen Schiedspruch gefällt, es soll nach diesem am 5. Mai in Orten ohne und mit Lokalausschlag bis zu 5 Prozent den Buchdruckergehältern eine neue Leertungsgulage von 15 Mark, in Orten mit über 5 bis 10 Prozent Lokalausschlag von 18 Mark, in Orten über 10 Prozent Lokalausschlag eine solche von 20 Mark gewährt werden, unter Anrechnung der in den letzten Wochen erfolgten Erhöhungen, sobald ab 5. Mai, gültig bis 31. August d. J. In Ferien soll gewährt werden: bei einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten im Betriebe 5 Tage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr 1 Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 15 Arbeitstagen. Beide Tarifparteien haben dem Reichsarbeitsministerium innerhalb der festgesetzten Frist mitgeteilt, daß sie den Schiedspruch anerkennen.

Der Streit der Stultakeure allgemein.

In der Versammlung am Mittwoch vormittag wurde mitgeteilt, daß den Kollegen der Fabrikanten von ihren Arbeitgebern ab 17. Mai 1919 2,50 M., ab 1. Juni 3 M., Stundenlohn und Auszahlung bei arbeitsloser Arbeit 7 M. pro Tag ohne Kampf zugewilligt worden sind, also mehr, als die Stultakeure erst nach langem Verhandeln und schließlich nur durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses erreichen konnten. Daß dieser Schiedspruch noch von den Arbeitgebern der Stadtwerke abgelehnt wurde, weist ein bezeichnendes Licht auf die soziale Einsicht der Stultakeure auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, oder derartige Fälle dem Deutschen Bauarbeiter-Verband, Gewerkschaftshaus, Fernsprecher: Ami Nikolaj, Nr. 4093 und 5792, zu melden.

Die Sonntagstube der Blumengeschäftsangestellten in Gefahr.

Durch Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten ist es den Blumengeschäften gestattet, die Geschäfte an Sonntagen von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags geöffnet zu halten. Den Blumengeschäftsinhabern gefällte diese Verordnung nicht. Sie wollen ihre Geschäfte wie früher, auch am Sonntagmorgen geöffnet halten. Das hat bisher ein großer Teil der Inhaber auch getan. Die letzte Versammlung der Blumengeschäftsinhaber hat nun beschlossen, es jedem Einzelnen frei zu stellen, sein Geschäft nach Belieben offen zu halten. Das wird dazu führen, daß nun alle Blumengeschäftsangestellten um ihre Freizeit am Sonntag kämpfen. Prozesse bei der Behörde haben bisher keinen Erfolg gehabt. Die Polizei kümmert sich nicht um die Durchsetzung der Arbeiteraufbestimmungen. Die Angestellten wollen nun am kommenden Sonntag eine Kontrolle sämtlicher Geschäfte vornehmen. Alles Nähere in der am Freitag, den 30. Mai 1919, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienkaten, Sophienstraße 17/18, stattfindenden Versammlung.

Auch die Arbeiterchaft bitten wir um Unterstützung. Kein Arbeiter laufe am Sonntag etwas in den Blumengeschäften, sondern erhebe seine Einkäufe in den Wochentagen.
Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe der Blumengeschäftsangestellten, Berlin S. 42, Luisenpark 1.

Wahlen zum Gewerkschaftskongress.

Im Metallarbeiterverband Berlin fanden am Sonntag, den 25. d. M., Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress statt. Es sind folgende Kollegen gewählt worden: Richard Müller, Otto Laß, Paul Reumann, Emil Barth, Oskar Ruch, Paul Odet, Josef Jorjier, Paul Riehl, Oswald Oß, Werner Müller, Max Reich, Leo Ostrowski, Otto Paschke, Karl Müller, Frida Gladojch, Otto Wendt, Siegfried Nibel.

Der Verband der Fabrikarbeiter (Zählstelle Groß-Berlin) hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Instellend erklärte der Bevollmächtigte Wilh. Reimann, daß durch die neue Zeit auch in unserer Organisation ein neuer Geist einzieht. Die Gewerkschaften sollen ein Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse sein. Der Antrag des Bezirks Reichender, der Kündigung sämtlicher Angestellten verlange, ist zurückgezogen worden, nachdem die Verhältnisse der Angestellten klargestellt wurden. Die Versammlung nahm dann die Wahl einiger Angestellter vor. Von einer Ausarbeitung wurde Abstand genommen, nachdem Reimann erklärt hatte, daß sofortige Inbetriebnahme einiger Kollegen unbedingt notwendig sei. Es wurden Karl Koch und Paul Lange als Appellationsleiter, Nowak, Fröhlich und Edelmann als Mann als Hauskassierer gewählt. Für die noch zu besetzenden Stellen findet eine Ausarbeitung statt. Bewerber sowie die Mitglieder der zu wählenden Prüfungskommission müssen mindestens fünf Jahre dem Verbands angehören. In die Prüfungskommission werden die Kollegen Breitkreuz, Eichelbaum, Wolff, Schön, Rißke und die Kolossalin Ludwig gewählt. — Punkt 3 der Tagesordnung „Beratung des Ordsstatuts“ mußte wegen der vorgeklärten Zeit bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden. — Zwei Anträge, welche gegen den Zusammenschluß für die freiwilligen Verbände und gegen die Urteilsfähigkeit im Disziplinarprozeß energisch protestieren, fanden einstimmige Annahme.

Die Hisskräfte und Weimaderfrauen bei der Oberpostdirektion haben durch einen Schiedspruch des angerufenen Schlichtungsausschusses in Bezug auf Entlohnung und Arbeitsdauer eine Regelung erreicht, zu der eine heute mittag 1 1/2 Uhr stattfindende Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung nehmen wird.

Wahrung! H. W. Sab, Spandau! Freitag nachmittag 1 Uhr Betriebsversammlung in den Germania-Käsen, Berlin, Chausseestraße (siehe Inserat).

Angestellte der Gesundheitsindustrie! Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände nimmt für die Durchführung der Tarifverhandlungen eine Gesundheitskarte auf. Alle Angestellten, die noch nicht in den Besitz eines Fragebogens durch ihre Vertretungsmänner gelangten, werden gebeten, sie von der Geschäftsstelle Berlin NW. 52, Belfort 7 einzufordern.

Gewerkschaftskartell Friedrichshagen, Freitag, den 30. Mai, 7 1/2 Uhr abends, im Conrad öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften. Vortrag von Dr. Bruno Wille über: Die Volkshochschule und die Arbeiter. Nachdem freie Aussprache.

Bauarbeiterverband. Zum Gewerkschaftskongress empfehlen wir allen Verbandsmitgliedern außer den auf dem Boden des revolutionären Kampfsystems stehenden vier Berliner Kandidaten Gabel, Kaspar, Lohse und Scholz nach die Kollegen Ernst, Tüffelort, Heide, Thälheim und Verto Thiel. Gedruckt den Nachrichten des Verbandsvorstandes Leipzig. Gedruckt für die neue Zeit, für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Siehe Inserat in heutiger Nummer.

Wahrung! Bauarbeiter Spandau! Montag, abends 7 Uhr, bei Seifert, Bismarckstr. 6, Bundeslegienstr.

Sammlung für die politischen Gefangenen.

3. Quittung.

R. M. 30 M., Typistinnen 20 M., Personal der Fa. R. & Co. 127,50 M., Hausdiener der Fa. R. & Co. 22,50 M., Pastor W. 5 M., Schneider Margu 5 M., drei Gymnasialisten 13,50 M., Sparkasse der H. G. 6,75 M., Schauspieler R. 6 M., Laubentonia 2. 147,25 M., Ingenieur Klaus 29 M., Dr. med. Friedrich 40 M., ein ehemaliger Regierungsrat 50,50 M., Ständehaus 50 M., Leutnant T. 25 M., Tafelrunde Trambé 110 M., Bankbeamter M. 10 M., Köchin Maria 5 M., für inneren Bogismus 500 M., Dann 300 M., Kocher 5 M., Domant 3 M., R. 20. 4. 5 M., Schüler Heinz Jakob 1 M., Civil Komp. 500,50 M., Sammlung Kaufmann, und technischer Angestellter Woldemar Brandt, Landberger Allee, 11/12 54 M., Franz Rief 15 M., Dr. Vier 3 M., Wagner, Dimeonströbe 50 M., Wolf, Pörschberg, Teichstraße 35 5 M., Alard Heide, Siedingstr. 7 10 M., Sammlung Tapeziererinnen und Werkstat Arbeiter 35,50 M., Frau Heine, Sammlung 10 M., Frau Ruff 50 M., Sammlung 1. Mai 250 M., Fräulein Müller 40 M., Johanna Schulze 10 M., Sammlung Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Edison Akkumulatoren Comp., Drontheimer Straße 121 M., Sammlung der Güterboden-Arbeiter Spandau 150 M., Zeller-Sammlung Brandenburger-Sammlung der Stamm- und Haarfürmer-Arbeiter 2. 4. 66 M., Grieben 10 M., Gescho Schulze 30 M., Carl Wehner 15 M., Sammlung Reichsdruckerei 100 M., Sammlung Gesellschaftsbau Karlsdorf d. Rüter 25 M., Gutskunst 1 M., Josef Heß 5 M., Dr. Claire Richter 50 M., Franz 5 M., Joel 5 M., Sammlung Mannschaften des Immobilien Handels-Vereins-Lazarett Nr. 3, Wn.-Schönberg, Monumentenstr. 33/34 211,90 M., Kronenfund der Arbeiterchaft der R. u. G., Oberhörsenweide 100 M., Befestend des 4. Kreises Oberlitz Birtel 20,84 M., 4. und 5. Abteilung des 4. Kreises 19,40 M., Bauer-Arbeiter R. G. G., R. W. G. 34 M., R. M. 10 M., Abonnement Schirm 5 M., Personal Sozialistischer Verlag, Berlin, Lindenstr. 3 55,50 M., Scharing 10 M., Piesler 2 M., Grammel 10 M., Dr. Kurt Riehnert 80 M., Maria Rosenbaum 100 M., Richter 10 M., R. R. 10 M., Rudolf 1 M., Sammlung Frau Richter 9 M., Hans Steinfelder 100 M., M. R. 1 M., Kollegen bei Engels & Wagner 50 M., Ernst Wittig 5 M., Anstellung und Arbeiter der Fa. W. Weder, Pelzfabrik 28,50 M., Bezirk 580 32,50 M., Dr. Viktor Robian 10 M., Oswald Fabian 10 M., Sammlung Kapazierergewerkschaft d. Fa. Rief 16 M., Otto und Joh. Sederström 10 M., Pfl. Gorga 29 M., Eitelow 8 M., Gewerkschaft der Fa. S. Thiele & Co. 17 M., Spar- und Gefelligkeitsverein der Beschäftigten, der Rüter 20 M., Hilbig 5 M., Arbeiter und Angestellte der Fa. Schütte und Teich, Baumwollmweg 245 M., Kupferdrucker der Reichsdruckerei 200 M., Dr. Siegfried Heinsberg 100 M., Arbeiter der Bergmann G. B., Wn.-Kochhof 1500 M., Sammlung Haarbereitigkeit, Barutherstraße 203 M., H. S. P. Steinmühle, Maifiser 297,50 M., Jaber 2 M., Slang 2 M., Scheue 2,50 M., Heißig 2 M., Sonntag 2 M., Dejer 2 M., Weber 2 M., Schulze 2 M., Bornagat 5 M.

Gesamt: 658,84 M., bereits quittierte 6008,02 M., zusammen: 12 577,76 M.

Näher diesen Geldern sind uns zur Weitergabe an die Gefangenen zahlreiche geladete und ungeladete Lebensmittel überliefert worden, die den Gefangenen zuteil werden werden. Es ist unmöglich, sie alle einzeln anzuführen. Den fleißigen Spendern sagen wir deshalb im Namen der hiesigen Gefangenen allerherzlichsten Dank.

Redaktion und Verlag „Freiheit“, Rudolf Budde.

Lebensmittellieferanten.

Spanden. Für die laufende Woche 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl gegen Abrechnung des Geldes Nr. 21 der Einkaufskarte. Als Ersatz für die gelieferte Kartoffelkarton gegen Abrechnung der vier Nummern 12 bis 16 der Kartoffelkarte 1 Pfd. Brot. Am Sonntagabend beginnt der Verkauf der städt. Rationierte an Margarineabschnitt 4 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 20 Gramm zum Preise von 0,17 M. verausgabt. Am Freitag beginnt der Verkauf der städt. Kutter auf Butterabschnitt 4 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 40 Gramm zum Preise von 0,80 M. verausgabt.

Beig. Es ist beschlagnahmt, den Kriegsbefehligen, die 50 Prozent und mehr erwerbsunfähig sind, ohne ärztl. Urteil eine wöchentliche Sonderzulage an sich selbst zu gewähren. Um einen Ueberblick über die benötigten Mengen zu erlangen, wollen Sie die in Frage kommenden Kriegsbefehligen unter Vorlage ihres Rentenscheines um in der Lebensmittelkarte Berlin-Beig, Kochstr. 4, Zimmer 116 Krankenernährung, binnen einer Woche in der Zeit von 8-11 Uhr eintragen lassen.

Reinickendorf. Am Freitag gelangten im Depot die Beschäftigten mittel auf Kartoffelkarte, Abschnitt 21d und e (insgesamtlich 400 Gramm Gruppen) zur Ausgabe, und am Sonnabend die Lebensmittel auf Lebensmittelkarte, Abschnitt 22 und 23, und Jugendliche 55. Auf Abschnitt 22d und e der hiesigen Rationierkarte werden für die nicht überlebenden Rationierten Ersatzmittel gewährt. Der Tag der Ausgabe wird noch mitgeteilt.

Serapen. Am Mittwoch, den 4. Juni 1919, gelangen in den hiesigen Geschäften auf Abschnitt 11 der Zuckerkarte 375 Gramm Zucker zum Verkauf. Die Rationierkarte sind bis Sonnabend in den Geschäften abzugeben. Auf Abschnitt 11 der Einkaufszusatzkarte 350 Gramm ausländisches Weizenmehl. Abschnitt 1, der Straßener Versorgungsstelle und Abschnitt K sind bis Sonnabend abzugeben. Das Mehl gelangt am Mittwoch, 4. Juni, zur Ausgabe.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Hest 5 ist soeben erschienen.

Aus dem Inhalt:

Die Demonstrationen der U. S. P. für den Frieden (Bilder)

Rede Ad. Hoffmanns v. d. Dorn

Wollt Ihr das wieder? Bilder von den Greueln der Schlachtfelder.

Leo Tolstoj: Der Teufel. Roman.

Oskar Landauer: Revolution, Nation und Krieg und vieles andere.

Kartatur: Jehrenbach

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60

Nr. 1-4 können noch nachgeliefert werden.

In allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Wird der Verfassung drei Anträge, die eine größere Beteiligung der Zentralstelle, Fortsetzung der Kontrollkommission und die Fortsetzung eines Reichskongresses der kommunalen Arbeiterräte fordern.

In der Diskussion, die sich zeitweilig sehr lebhaft gehalten, erhielt Peters (Mit-Blende, U. S. P. D.) Vorwürfe gegen die Zentralstelle, daß sie nicht den nötigen Zusammenhang mit den einzelnen Kommunen hergestellt hat. (Die Zusammenfassung der Zentralstelle geschah ganz nutzlos, daher kam es, daß sie nur aus Mitgliedern der U. S. P. D. bestand. Die Mitarbeiter, die doch sehr gering sind, sind nicht die Ursache des Scheiterns der Arbeiterräte, noch dazu, wo sich solche Mitarbeiter dem revolutionären Arbeiterrat ganz anders darstellen, als dem realistischen Beamten. Man will die Arbeiterräte nicht, weil sie gewissermaßen noch Rudimente der Revolution sind. Die Einberufung des Reichskongresses ist sehr zu begrüßen. Wir dürfen uns nicht auf den Zentralrat verlassen, wir müssen auf eigene Faust handeln.)

Rehle (U. S. P. D.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an.

Watzsch (U. S. P. D.) beklagt sich darüber, daß die Zentralstelle nicht früher eine Zusammenkunft herbeigeführt hat. Die U. S. P. D. hat diese Situation für sich ausgenutzt. Wir müssen die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte auf als Einberufung anderer Kräfte für spätere Übernahme der Kommune.

Schmidt (U. S. P. D.) wendet sich gegen seine Genossen in der U. S. P. D., die einen Reichstag fordern, nach den Gemeindeforderungen der Arbeiter niedergulegen. Dieser Reichstag kam der Regierung nicht gelegen. Die Genossen in der U. S. P. D. haben die größte Schuld an der Untergrabung der kommunalen Arbeiterräte. Die Arbeiter machen sich Schwierigkeiten, daß positive Arbeit unmöglich ist.

Der Vorsitzende Stieder (U. S. P. D.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Zentralstelle das Landratsamt nicht mit vollständigem Gehirne durchsieht habe. Das wäre unter den gleichen Umständen anders auch nicht möglich gewesen. Das liegt an der fehlenden Grundfrage, auf der die kommunalen Arbeiterräte beruhen können. Zur Einberufung eines Reichskongresses meine ich, daß es ganz unmöglich wäre, einen solchen auf eigene Faust einzuberufen. Wenn es dem Groß-Berliner Kongressrat nicht gelingt, trotz der ganz anderen moralischen und materiellen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, die Einberufung des Reichskongresses zu erzwingen, wie soll das einem einzelnen Kreis möglich sein. Die Angaben des Genossen Schmidt sind in jeder Hinsicht, ein solcher Reichstag ist nie gefaßt worden.

Reumann (Reumann, U. S. P. D.): Wenn man hört, wie man sich in der Zentralstelle über die kommunalen Arbeiterräte äußert, mißt man allerdings überspitzt. Dagegen läßt sich schon seit zwei Monaten nicht mehr sehen, unter Schrift aber alle Bekanntmachungen. Ihr von der U. S. P. D. müßt den Rat haben, euren Wählern zu erklären, wir machen den Spieß nicht mehr mit. Ihr sagt ja selbst, es ist nicht eure Regierung. Ihr müßt erklären, wie sind Sozialisten und kämpfen von euch ein sozialistische Regierung, sonst jenseit wie euch zum Teufel. Unter Kongress steht ein, wo sämtliche Vorwürfe die kommunalen Arbeiterräte betreffen. Was hat die Zentralstelle dagegen getan? Es liegt nur an den Genossen der U. S. P. D. Vorwärts den Herren in der Regierung die Gefährdung und stellt sich auf die Seite der wirklich sozialistischen Arbeiterschaft. Es muß die höchste Zeit, auch zu bestimmen, wieder Sozialisten zu werden. (Bravo.)

Rehle (U. S. P. D.) wendet sich ebenfalls scharf gegen die Genossen der U. S. P. D., die ihre Regierung immer noch stützen und sich dadurch missbillig machen.

In seinem Schlusswort wendet sich Reimann gegen die Anträge auf die Zentralstelle. Er ruft durch seine unbedachten Redaktionen einen Sturm der Entrüstung hervor.

Bei der Abstimmung über die Anträge wird der Antrag auf Fortsetzung eines Reichskongresses der kommunalen Arbeiterräte in seinem ersten Teile angenommen, im zweiten Teil abgelehnt. Die beiden anderen Anträge auf Fortsetzung der Kontrollkommission und Befragung des Landratsamtes mit 6 statt mit 2 Arbeiterräten werden angenommen.

Die Existenzberechtigung der Arbeiterräte

Lebende Plus (U. S. P. D.). Nach der Revolution war die erste Aufgabe die Sicherstellung und Bewahrung der Lebensgrundlage. Dann kamen die Fragen der Nahrung, Wohnung, Bekleidung von Rationierungsarbeiten, Befreiung der Wohnungsmittel usw. Das hat durchgeführt, ist geladen, aber ganz konnten wir nicht durchgeführt werden. Bei Diskussionen nach Lebensmitteln hatten wir Erfolge, ebenso in der Gesundheitsbeschaffung. Im allgemeinen war unsere Tätigkeit die einer Reichsregierung. Dabei ist festzustellen, daß mindestens 65-70 Prozent der Arbeiterbewegung sich aus gut bürgerlichen Kreisen rekrutieren. Trotz der Verschiedenheit der politischen Meinungen, hat auch das Bürgertum das Vertrauen, daß es bei Transformationsphase des kommunalen Arbeiterrates zu seinem Wohle kommt. Die Situation liegt jetzt so, daß die Gemeindeforderungen beschlossen haben, die Entscheidung für die Arbeiterräte nicht mehr zu ziehen. Auch in den Orten, wo die Gemeindeforderungen das Gegenteil beschließen, soll der Beschluß angefochten werden. Auch die Demonstration sind noch für eine gewisse Kontrolle. Warum wird jetzt Sturm gegen die kommunalen Arbeiterräte gelaufen? Wir haben keine Kräfte, wir müssen die Kräfte schaffen. Die Institution der kommunalen Arbeiterräte ist ein Erfolg, das es uns ermöglicht, die reaktionäre Gesellschaft aus dem Amt zu herauszuerlösen. Das ist die Bestimmung der kommunalen Arbeiterräte.

Die Delegiertenwahl zur Provinzialkonferenz der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte der Provinz Brandenburg ergibt für die U. S. P. D. 6 Mandate, für die U. S. P. D. 4 und für die U. S. P. D. 1 Mandat. Darauf wird die Tagung beschlossen.

Kongress der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter.

Dritter Tag.

Die Wahl einer Kommission, die die Verhandlungen mit der Regierung führen soll, rief eine lebhafte Debatte hervor. Beschlossen wurde, diese Kommission aus sieben Mitgliedern bestehen zu lassen. Folgende Delegierte wurden gewählt: Reumann, Heide, Fleming, Seedorf, August Müller, sämtlich aus Berlin, und Oberlitz, Danzig. Die Verhandlungskommission wurde auch beauftragt, dahin zu wirken, daß die bereits ausgesprochenen Forderungen endgültig zurückgenommen werden und die Unterabteilungen bis Juli 1920 bestehen bleiben. Eventuell doch zur Unterstellung kommender Arbeiter und Angestellte sollen ihren Lohn sechs bzw. acht Wochen weitergezahlt erhalten.

Über die Finanzierung der Kommission fand eine längere Aussprache statt. Man einigte sich dahin, daß die Arbeiter sämtlicher Bekleidungsämter durch einen monatlichen Beitrag von 10 Pfennig an den Unkosten beizutragen haben.

Die Urlaubfrage ist ebenfalls im Einvernehmen mit der Regierung geregelt worden. Den Kriegsteilnehmern soll ihre Militärdienstzeit auf die Karenzzeit für den Urlaub angerechnet werden.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erschöpft.

